Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch

Herausgeber: Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde

Band: 62 (1942)

Artikel: Die Dreissiger Jahre des 19. Jahrhunderts im Urteil des Zürcher Bürgermeisters Dr. med. Ulrich Zehnder

Autor: Schnyder, Werner / Zehnder, Ulrich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-985632

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts im Urteil des Zürcher Bürgermeisters Dr. med. Ulrich Zehnder.

Mitgeteilt von Dr. Werner Schnyder.

Der Arzt und Staatsmann Dr. med. Ulrich Zehnder, 1798—1877, hat einen reichlich befrachteten Band Lebenserinnerungen hinterlassen, denen ein beachtenswerter dokumentarischer Wert zukommt[1]). Der Leser hat sich bei der Lektüre[2]) stets vor Augen zu halten, daß diese Selbstbiographie nicht für eine weitere Öffentlichkeit bestimmt war, sondern gleichsam das geistige Vermächtnis des sterbenden Vaters an seine Kinder und Enkel bildet. Dadurch wird auch das gelegentlich stärkere Hervortreten der eigenen Persönlichkeit Zehnders verständlich.

Das politisch bewegte Jahr 1839 hat im Zürcher Taschenbuch schon mehrmals eingehende Schilderungen erfahren. Die Verfasser: Dr. med. Konrad Rahn-Escher, der damalige Bankkassier Wilhelm Meyer-Ott, der Buchhändler Friedrich Schultheß, der Thurgauer Student Hermann Walder und selbst der englische Gesandte David Richard Morier[3]) standen durchwegs im gegnerischen Lager. Es mag daher den unvoreingenommenen Geschichtsfreund

---

[1]) Der Band wurde von einem Enkel, Dr. Louis Zehnder, Professor für Physik an der Universität Basel, der Zentralbibliothek Zürich zu Eigentum übergeben und trägt die Signatur Ms. Z II 642.

[2]) Die in Petitsatz wiedergegebenen Partien und Anmerkungen sind redaktionelle Ergänzungen.

[3]) Ursachen, Verlauf und Nachwirkungen der Zürcher Septemberrevolution von 1839, Erinnerungen von Dr. Konrad Rahn-Escher, veröffentlicht von Gottfried Guggenbühl, Zürcher Taschenbuch 1915/1917, S. 53—115. — Erlebnisse und Beobachtungen am 6. September 1839, von Wilhelm Meyer-Ott, herausgegeben von F. Meyer-Burkhard, Zürcher Taschenbuch 1910, S. 1—104. — Aufzeichnungen über die Straußische Bewegung und den 6. September 1839, von Oberstlieutnant Friedrich Schultheß, Zürcher Taschenbuch 1906, S. 78—138. — Alice Oenzler, Eindrücke eines Thurgauer Medizinstudenten von den Zürcher Ereignissen der Jahre 1838—1840, Zürcher Taschenbuch 1939, S. 193—212. — Die Zürcher Revolution von 1839 in englischen Gesandtschaftsberichten, mitgeteilt von Wilhelm Oechsli, Zürcher Taschenbuch 1909, S. 185—218.

einmal interessieren, wie Ulrich Zehnder, als vom Septemberumsturz direkt betroffenes Regierungsmitglied, die Ereignisse darstellt und seine Stellungnahme rechtfertigt.

Die ersten ansprechenden Kapitel, welche die Jugend-, Schul- und Studienjahre des angehenden Arztes schildern, sind bereits vor mehr als vierzig Jahren veröffentlicht worden[4]). Zur Beurteilung der politischen Einstellung Zehnders ist vor allem darauf hinzuweisen, daß der junge Mann einer zahlreichen, wenig begüterten Tischlerfamilie entstammte; seine Wiege stand in Oberengstringen. Der Knabe verlor schon mit zwanzig Monaten seinen Vater, besaß aber das Glück, in seinem kinderlosen Paten und Onkel Ulrich Notz, dem Seckelmeister der Gemeinde Höngg, einen verständnisvollen und opferbereiten Förderer seiner großen Talente zu finden. Zehnder war sogar ein Auslandstudium in Würzburg vergönnt. Er kehrte jedoch auf die Nachricht vom Hinschied des alten Arztes in Höngg sogleich in die Heimat zurück, bestand am 26. Mai 1821 mit gutem Erfolg das medizinische Staatsexamen und eröffnete hierauf in dem von seinem Onkel eigens zu diesem Zwecke erbauten Hause seine Praxis. Doch drängte seine ihm am 12. August 1821 angetraute Gattin Maria Magdalena Nabholz, eine Tochter des Bürstenbinder-Obmannes Friedrich Ludwig Nabholz, mit allen Fasern zur Übersiedlung in die Stadt, da sie dem Landleben keine Freude abzugewinnen vermochte. Nach langem Zögern gab Zehnder sein Einverständnis zu diesem folgenschweren Schritt.

*

Übersiedlung nach der Stadt.

Nun stand die Übersiedlung fest, im Frühjahr 1823 sollte sie stattfinden; und damit die Sache nicht etwa wieder rückgängig werde, kauften meine Schwiegereltern schon ein Haus für mich, was ich später bedauerte; denn nun hatte ich eine Schuldenlast auf meinen Schultern und das Haus war in einer Lage, die ich, ein Freund freier Aussicht, nie gewählt haben würde; indes, ich hatte mich einmal gefügt, da ich noch so sehr auf das Wohlwollen meiner Verwandten angewiesen war. Der Kauf an sich war nicht ungünstig und die Lage des Hauses, fast in der Mitte der Stadt, für meinen Beruf bequem. Ich blieb deshalb in diesem Hause zum kleinen Brunnenturm[5]), an dem ich jedoch manche Veränderung und Erweiterung herstellen ließ, fast 30 Jahre lang, so daß alle meine Kinder in demselben geboren und aufgewachsen sind. — — —

Meine Übersiedlung in die Hauptstadt des Kantons hatte ich als Arzt, der sich natürlich vor allem eine zahlreiche Praxis wünscht, nicht zu bereuen. Wohl wurde es in gewissen Kreisen

[4]) Zürcher Taschenbuch 1899, S. 54—99.

[5]) Das an den eigentlichen Brunnenturm angebaute Haus Spiegelgasse 12.

als ein unbesonnenes, wo nicht vermessenes Unternehmen bezeichnet, daß ein junger Arzt vom Lande sich in der Stadt, in Zürich, etabliere, das so viel ausgezeichnete Ärzte unter seinen Bürgern zähle, und selbst Leute, die mir gewogen waren, sagten mir: „Sie haben viel gewagt". Und doch war ich nicht der erste, der sich dies einfallen ließ. Aber seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder hatte ein jüngerer Arzt vor ungefähr einem Jahr seine Tätigkeit vom Lande nach Zürich verlegt, und dieser war nun schon wieder im Begriff, dasselbe zu verlassen. Ein böses Omen, meinten einige oder vielleicht viele für mich. Auch ich werde mich nicht halten können, glaubten sie. Die „Hintersäßen"[6]) waren ohnedies von vielen Bürgern nicht wohl angesehen. Es gab noch für sie verschiedene Spottnamen. In der Tat ließen es gewisse Herren Kollegen, selbst jüngere, denen ich als Student nahe stand, nicht an Zeichen ihres Mißfallens an meinem Platznehmen in ihrem Kreise fehlen. Noch ein paar Jahre später benützte einer meiner früheren Lehrer am medizinischen Institut, das mir als Mitglied des Sanitätsrates gleich den andern Mitgliedern ein sehr günstiges Prüfungszeugnis gegeben hatte, die Gelegenheit einer Konsultation, mir von oben herab in sehr verletzender Weise seine Mißbilligung über die Anmaßung auszusprechen, die darin liege, daß ich die Behandlung eines Patienten, der vorher von einem älteren stadtzürcherischen Arzt behandelt worden war und dem auch auf mein ausdrückliches Verlangen Kenntnis von dem Wechsel gegeben wurde, übernahm. Und doch hatte das Sanitätskollegium mich vorher 1822 zum Oberarzt bei der Infanteriereserve des sechsten Militärkreises, wozu ich auch ernannt wurde, vorgeschlagen. Ebenso hielt mir Pfarrer Geßner am Fraumünster, in sein Haus zitiert, eine Strafpredigt, daß ich eine alte, am Greisenbrand leidende Bürgerin zu behandeln unternommen habe. Zum Trost für solche Kränkungen hatte ich mir bald intra et extra muros eine ziemlich bedeutende Praxis erworben, ohne daß ich mich irgendwelcher Mittel, mich dem Publikum bekannt zu machen, bedient hätte. Man empfahl mir zwar solche Mittel, namentlich den Besuch von Gesellschaften, den Eintritt in gewisse Vereine u.a.m., aber ich befolgte diese Räte nicht. Ich lebte ausschließlich meinem Beruf und

[6]) Bezeichnung für Neuzugezogene, Ansäßen oder Niedergelassene, die „hinter" einer Gemeinde saßen, d. h. nicht im Genusse des Bürgerrechts standen.

meiner Familie. Jahrelang besuchte ich keine Gesellschaften, keine Wirtschaftslokale, mit Ausnahme einer Ballgesellschaft im Winter, in die ich mich meiner jungen Frau zuliebe aufnehmen ließ. Meine Mußestunden widmete ich dem Studium wissenschaftlicher Werke, der schriftlichen Aufzeichnung meiner praktischen Beobachtungen, der Vervollkommnung meiner Kenntnis der französischen Sprache, nebenbei auch musikalischen Übungen. Ich hatte auch einige wenige Stunden Unterricht im Guitarrenspielen genommen und brachte es durch Übung zu ziemlicher Fertigkeit auf diesem Instrument. Singen war immer meine Lust, noch bis tief ins spätere, vielfach bewegte und beschäftigte Leben hinein. Diese Sangeslust hat mir manch heitere Stunde verschafft. Sie veranlaßte mich, auch in den Gesangverein[7]) zu treten, der vom Begründer des Volksgesangs, dem genialen „Vater Nägeli", in den Zwanzigerjahren gestiftet wurde und der eine Menge junger, teilweise ausgezeichneter Männer zu seinen Mitgliedern zählte. Welche Begeisterung für den Gesang dieser Verein weckte, läßt sich zum Teil aus einer Reihe von Liedern schließen, die von Mitgliedern des Vereins gedichtet und von Nägeli komponiert wurde. Diese Ehre erwies Nägeli auch zwei solchen Produkten, zu denen mich jene Begeisterung ebenfalls angeregt hatte, und die in der Sammlung seiner Lieder für den Männerchor enthalten sind. Als Mitglied dieses Gesangsvereins wirkte ich auch am schweizerischen Musikfest des Jahres 1829 mit.

Nach und nach blieb indes ein immer geringerer Teil meiner Zeit unausgefüllt von Berufsgeschäften. Nach meinem Wegzug von Höngg hatte ich daselbst noch meine Apotheke zurückgelassen und mir in Zürich eine neue angeschafft. Jene sollte mir nämlich dazu dienen, meine Praxis in Höngg und Umgebung möglichst zu erhalten und dieselbe am Orte selbst mit Arzneien zu bedienen. Zu diesem Ende verfügte ich mich regelmäßig an drei Wochentagen, wenn nötig auch täglich, dorthin und so erhielt ich mir daselbst meinen Kreis von

---

[7]) „Sängerverein der Stadt Zürich" oder, wie er allgemein genannt wurde, „Stadtsängerverein", der Vorläufer des heutigen „Männerchor Zürich". Der Septemberputsch 1839 hat auch in gesanglicher Hinsicht eine Scheidung der Geister bewirkt, indem die der liberalen Richtung näher stehenden Mitglieder unter Führung Dr. Zehnders 1841 den „Sängerverein Harmonie" gründeten.

Patienten. Dieser Kreis dehnte sich ziemlich schnell auf die Gemeinden Örlikon, Seebach und Wipkingen aus, in denen ich eine Zeitlang so ziemlich allein das praktische medizinische Gebiet okkupierte. Bei solcher Ausdehnung konnte ich meine Krankenbesuche auf dem Lande nicht mehr alle per pedes machen, sondern mußte mich eines Pferdes bedienen. Ich hatte aber nicht reiten gelernt, wie sollte ich auch hiezu gekommen sein. Ich mußte mir also Anleitung zum Reiten erst geben lassen. Dies übernahm nun der Onkel meiner Gattin, Herr Haut, der früher in einem Husarenregiment seiner ursprünglichen Heimat (Bayern) gedient hatte. Nun sicherte ich mir durch Vertrag je für drei Nachmittage in der Woche die Benützung eines Reitpferdes zu, mit dem ich meine Rundreisen in den genannten und auch andern Gemeinden machte. — — —

Erwerbung des Doktordiploms.

Meine ärztliche Stellung in der Hauptstadt ließ es mich nun sehr bedauern, daß meine plötzliche Heimberufung von der Universität Würzburg mir das Promovieren unmöglich gemacht hatte, obgleich der Doktorgrad außer einer etwelchen Vereinfachung der Staatsprüfung keinerlei Vorteile verschaffte, nicht einmal einen Titel, den die nicht promovierenden Ärzte ebenfalls trugen, da das Publikum denselben Doktortitel jedermann gab und noch gibt, der sich mit Behandlung von Krankheiten von Menschen oder Tieren abgibt, auch in Zürich selbst mehrere praktizierende Ärzte mit Recht diesen Titel nicht trugen. Ich liebte es indes nicht, mir einen Titel geben zu lassen, der mir nicht gebührte, und wünschte doch nicht minder, desselben zu tragen berechtigt zu sein, als die meisten Ärzte der Stadt. Ich entschloß mich daher, das Versäumte nachzuholen. Ich hoffte, daß es möglich sein werde, denselben in Würzburg, wo meine Lehrer sich vielleicht meiner noch erinnerten, ohne persönliches Erscheinen daselbst erlangen zu können. Ich richtete im Oktober 1823 eine diesfällige Anfrage an Herrn Professor d'Outrepont, damaligem Rektor, und erhielt die Antwort, daß die Fakultät nach Einsicht meiner Zeugnisse und Diplome gefunden habe, es könne mir der Grad auf eine Dissertation hin, welcher die Fakultät ihre Genehmigung erteilen würde und die dem Druck übergeben werden müßte, zuerkannt werden,

ohne die Form der Disputation. Ich machte mich nun sofort an die Bearbeitung einer Dissertation. Als Gegenstand derselben wählte ich „Die knotige (tuberkulöse) Lungensucht“. Die Schrift erhielt einen Umfang, welcher den gewöhnlichen der Dissertationen weit überstieg. Die wenige, von Berufsgeschäften nicht in Anspruch genommene Zeit ließ die Arbeit nicht so rasch vorrücken, wie ich gewünscht hätte. Erst anfangs Juni des folgenden Jahres 1824 ging dieselbe nebst Zeugnissen und Diplomen nach Würzburg ab. Sie ist in deutscher Sprache geschrieben und vom 4. Juni 1824 datiert. Die Dissertation erhielt das „Imprimatur“ und die Zeugnisse wurden als genügend und zur Erteilung des Grades ohne Disputation erklärt. Das Diplom erhielt ich erst, als die verlangte, bedeutende Zahl von Exemplaren der Dissertationen an die Universität versandt war. Im „Literarischen Anzeiger“ der „Neuen Zürcher Zeitung“, redigiert von Dr. Paul Usteri, wurde diese Arbeit in einer den Verfasser ehrenden Weise beurteilt. Nicht über diese, aber über meine „lächerliche Eitelkeit, Doctor promotus zu sein“, wurde dagegen hie und da von wohlgewogenen Kollegen ein weniger günstiges Urteil gefällt.

Es war also meine Stellung als Arzt eine ganz befriedigende geworden. Meine Patienten gehörten zwar großenteils den mittleren, aber auch viele der ärmeren Klasse an. Die vornehme Welt stellte sich bei dem Eindringling, dem „Hintersäßen“, nur zu sehr geringem Teile ein. Auch war meine Praxis mühevoll und anstrengend. Aber ich scheute Mühe und Anstrengung nicht. Unausgesetzt tätig zu sein, war mir im Gegenteil Bedürfnis geworden. Dabei liebte ich meinen Beruf. Er erfüllte meinen Geist und mein Gemüt mit Interessen verschiedener Art.

Die Erfahrungen eines Arztes bieten ihm ein Maß von Stoff, die ihm als Arzt und als Mensch, den Geist oder das Herz berührend, fortwährend Betrachtungen verschiedener, erhebender oder bedrückender Art aufdrängen. Kaum gibt es eine andere Stellung in der menschlichen Gesellschaft, die so geeignet ist, denjenigen, der sie einnimmt, so in die Tiefe menschlichen Denkens und Tuns, menschlichen Wesens und Treibens schauen zu lassen und in die Geheimnisse der Familien und manchmal auch wohl in die Verhältnisse anderer Lebenskreise eingeweiht zu werden. So gewinnt der Mann von Kopf und Herz eine Fülle von Welt- und Menschenkenntnis. — — —

Beginn meiner Teilnahme am öffentlichen Leben.

Meine Stellung und mein Denken und Tun war während dieser Periode dem öffentlichen Leben fast völlig fremd geblieben. Um politische Angelegenheiten hatte ich mich wenig oder richtiger, wenn auch nicht gerade zu meiner Ehre gesagt, nichts bekümmert. Ich hatte auch keine Veranlassung dazu. Es herrschte tiefe politische Ruhe, die apathische Ruhe der Resignation im Lande. Ich kannte auch die Grundlagen unseres Staatslebens nicht näher, denn ich lebte in meinem Berufe. Und doch war ich schon als Jüngling für die Freiheit begeistert. Widerwillen gegen die Reaktion von 1814—1815 ward mir schon damals eingepflanzt. Die Freiheitsbestrebungen der Völker, wie namentlich die Freiheitskämpfe der Griechen, hatten meine wärmste Sympathie. Diesem Zuge folgend, trat ich auch zum Sempacherverein[8]), der den Zweck hatte, die Heldenschlachten der Väter für ihre Freiheit auf den betreffenden Schlachtfeldern zu feiern und dadurch die gegenwärtige Generation zu gleichem Freiheits- und Kraftgefühl zu begeistern. Mit diesem Verein feierte ich als stiller Teilnehmer die Schlacht am Stoß 1826 und derjenigen von Morgarten 1827. Begeisterte Reden und Gesang auf dem Schlachtfelde waren je die Hauptbestandteile einer solchen Feier. Am Stoß war es der von Pfarrer Weißhaupt von Gais gestiftete und geleitete Appenzeller Männerchor, der das Fest verschönte. Hier lernte ich den im Jahr 1830 als Führer in den politischen Kämpfen des Thurgaus hervorgetretenen und auf die politischen Reformen der Schweiz einflußreich gewordenen Pfarrer Thomas Bornhauser, den damals freiheitsbegeisterten Dichter A. E. Fröhlich und andere Männer kennen, die damals von frischem, glühendem Freiheitsgefühl durchströmt waren, von denen aber einzelne später von zeitweiligem Aufschwung ermattet, dem Kultus ihrer Göttin untreu geworden sind.

---

[8]) Der Sempacherverein hielt seine Versammlungen unter freiem Himmel, ohne Präsident, ohne Protokoll, ab und stellte jedem Schweizer unangemeldet Eintritt und Austritt frei (vergl. Wilhelm Oechsli, Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert, Band II, Leipzig 1913, S. 578ff.). Die Zürcher Sektion des Sempachervereins kam allwöchentlich auf der Saffran zusammen (vergl. Friedr. Witz, Heinrich Nüscheler, 1797—1831, Zürich 1920, S. 118—122).

An den leisen Regungen eines freieren Geistes im Kanton Zürich wie in andern Schweizerkantonen nahm ich wohl Anteil, jedoch nur in ganz passiver Weise. Dr. Paul Usteri, der hervorragendste Staatsmann und der wärmste und edelste Kämpfer für eine freiere Richtung im Staatsleben, insbesondere für die Freiheit der Presse, war Gegenstand meiner hohen Verehrung, wie früher schon als Präsident der medizinischen Institutes und der medizinischen Kantonalgesellschaft, so nun in noch viel höherem Grade als dasjenige Mitglied der Regierung, das erhaben an Geist und Seelenadel die Fahne des Fortschritts hoch trug[9]). Mit hohem Interesse las ich die „Neue Zürcher Zeitung", deren Redaktion er seit einer längeren Reihe von Jahren übernommen hatte. Der Widerstand, den seine Kollegen im Kleinen Rate ihm entgegensetzten, der Haß und der Spott, den er von einem Teil seiner städtischen Mitbürger um seiner Bestrebungen und insbesondere um der Veröffentlichung politischer Verhandlungen willen zu ertragen hatte, steigerten nur dessen Verehrung. Usteris berühmte Rede über den Wert der Pressefreiheit, die er im Großen Rate im Jahr 1828 bei Beratung eines Pressegesetzes hielt, machte, wie auf Tausend andere, so auch auf mich einen tiefen Eindruck. Mit prophetischem Geistesblick sagte er am Schluß derselben: „Nach zehn Jahren wird die Sache der Öffentlichkeit vaterländischer Verhandlungen keine solchen Angriffe mehr zu bestehen haben. Von dem Großen Rate des Jahres 1828 nehme ich Rekurs an den Großen Rat von 1838." — Mit warmem Interesse las ich auch die „Zürcherische Monatschronik"[10]). Von jüngeren Männern gegründet, strebte sie in gediegenen, aber gemäßigten und ruhig gehaltenen Artikeln Verbesserungen in öffentlichen Verhältnissen und die Beseitigung von Zuständen und Ein-

[9]) Vergl. die Biographie von Gottfried Guggenbühl: Bürgermeister Paul Usteri, 2 Bände, Aarau 1924 und 1931.

[10]) Unter diesem Titel existierte zu dieser Zeit keine Zeitschrift. Dr. Zehnder hatte wohl die „Schweizerische Monatschronik" im Sinne. Sie bildet für die Jahre 1816—1830 die Fortsetzung der bekannten früheren Zeitschrift „Monatliche Nachrichten einicher Merkwürdigkeiten in Zürich". Die Redaktion besorgte seit 1824 Heinrich Nüscheler. Seiner kecken und geistreichen Schreibweise legte jedoch das bloß monatliche Erscheinen allzu starke Fesseln an, weshalb er seit dem Sommer 1828 eine Wochenzeitung, den „Schweizerischen Beobachter", begründete und die „Schweizerische Monatschronik" auf Ende 1830 eingehen ließ (vergl. Friedrich Witz, Heinrich Nüscheler, 1797—1831, Zürich 1920).

richtungen, die mit den Fortschritten der Zeit in grellem Widerspruch geraten waren. Aber leider fehlte es mehreren dieser Männern, Bürgern von Zürich, an Mut oder an der nötigen Unbefangenheit und an entschieden republikanischem Sinn, um den Kampf für durchgreifende Reformen andauernd mitzukämpfen. Das Blatt ging unter in der mächtigeren Strömung.

Reformbewegungen hatten um diese Zeit bereits begonnen, ja, Waadt, Luzern und Tessin hatten ihre Verfassungsrevisionen in liberalem Sinne, zum Teil nach ernsten politischen Stürmen vorgenommen. Wie solche liberale Bestrebungen oder Errungenschaften in den demokratischen Kantonen der Urschweiz beurteilt wurden, das hatte ich bei einem mehrtägigen Aufenthalt im Kanton Uri wahrzunehmen Gelegenheit. An der Wirtstafel in Andermatt saßen die Mitglieder einer hier abgehaltenen Konferenz, Magistrate und andere Notabilitäten. Da wurde in meiner, eines Unbekannten, Gegenwart wacker politisiert. Vorzüglich galt es der neulichst proklamierten neuen Verfassung des Kantons Tessin. Natürlich wurde diese schmählich perhorresziert und das alte, verworfene Regiment belobt und verteidigt. Während dieses meines Aufenthaltes in Uri erfuhr ich aber auch von den angesehensten Personen, was es mit der gerühmten alten „Fryheit" dieser sogenannten „Länder" für eine Bewandtnis habe, wie namentlich jede freiere Äußerung den Haß und die Verfolgung der regierenden Geschlechter, insbesondere aber der „Pfaffen" zur Folge habe.

So erwachte Schritt für Schritt mein Interesse an politischen Vorgängen und Kämpfen, aber ich verarbeitete die dadurch in mir entstandenen Ideen und Anschauungen in mir selbst, ohne Gelegenheit zu haben oder zu suchen, dieselben auszutauschen oder abzuklären.

Jetzt überraschte die Welt das Ereignis der Pariser Revolution in den letzten Julitagen des Jahres 1830, durch welche Karl X. vom Throne gestürzt wurde. Nie hatte ein politisches Ereignis einen so tiefen Eindruck auf mich gemacht wie dieses. Als Knabe schon durch die Erzählungen meines Onkels für Napoleon begeistert, erschien mir das Bourbonische Königtum, das den Franzosen durch die fremde Macht der Alliierten aufgezwungen ward, verächtlich. Ich freute mich daher seines Sturzes, besonders aber der männlichen Erhebung der Fran-

zosen gegen dieses „Gottesgnadenregiment“, und der Einsetzung eines neuen Herrschers durch die Repräsentanten des Volkes. Jetzt waren die politischen Saiten meines geistigen Ichs in volle Spannung versetzt. Ich verfolgte von nun an mit Aufmerksamkeit und Teilnahme alle an jenes große Ereignis sich anknüpfenden politischen Regungen außerhalb, insbesondere aber innerhalb der Schweiz, die an Intensität und Extensität wachsend, sich entwickelten und zu mächtigen Stürmen und Umgestaltungen führten.

Es währte nicht lange, da hatten die Funken, die aus Frankreich nach allen Richtungen herüber sprühten, auch in der Schweiz, wie in vielen andern Staaten, mächtig gezündet. Unsere Presse begann einen freieren, kühneren Ton anzuschlagen, unverhohlen von notwendigen Reformen zu sprechen und Gebrechen im Staatsorganismus und manchen Gebieten des öffentlichen Lebens zu enthüllen. Die geselligen Kreise wurden lebendiger. Politisch Gleichgesinnte traten zusammen. Einflußreiche Männer vereinigten sich zur Besprechung der politischen Zustände und der Mittel und Wege zu ihrer Verbesserung, so insbesondere in den Seebezirken und in Winterthur. Ähnliches geschah in den Kantonen Luzern, Aargau, Thurgau, St. Gallen und Solothurn. Überall hatte politische Erschlaffung und zaghaftes Gehenlassen einem neu aufgewachten Ringen und Schaffen Platz gemacht. In Form von Memorialen wurden die Wünsche des zürcherischen Volkes betreffend Reformen in der Verfassung der Regierung eingereicht. Wie berechtigt solche Begehren zunächst in Zürich gewesen sind, kann man nur dann ermessen, wenn man weiß, wie mannigfaltig die Hemmnisse waren, die auf dem Verkehr und der Erwerbstätigkeit der Landschaft lasteten und in welchem Zustande sich damals das Volksschulwesen befand. „Ein Bauer“, so äußerte sich ein Städter, „soll nur seine drei Kreuze unter eine Schrift setzen können“.

Jetzt verlangte eine Versammlung von Mitgliedern des zürcherischen Großen Rates ab der Landschaft eine außerordentliche Einberufung dieser obersten Landesbehörde, um eine Revision der Verfassung anzubahnen. Die Zeit war gekommen, in welcher auf solche Begehren nicht mehr mit kriminellen Verfahren, mit Zuchthaus und dergleichen geantwortet werden konnte, so sehr auch die Regenten und die bevorrechteten

Städter dadurch verletzt wurden. Der Große Rat wurde also einberufen. Nach ernsten Verhandlungen bestellte dieser eine Kommission zur Begutachtung des Wunsches einer Verfassungsrevision und zunächst einer entsprechenderen Repräsentation des Volkes im Großen Rate. Diese Kommission hinterbrachte sodann nach lebhaftem Kampfe den Vorschlag, den Städten Zürich und Winterthur die eine Hälfte und dem ganzen übrigen Lande die andere Hälfte der Mitglieder des Großen Rates zuzuteilen. So tief saß noch die Vorstellung, daß die Hauptstadt — in Winterthur war der Vorschlag eine captatio benevolentiae — auf bedeutende Vorrechte Anspruch habe, daß selbst gute Republikaner aus den städtischen Kreisen sich mit diesem Vorschlag befriedigt erklärten und ihn lebhaft verteidigten. Allerdings war der Sprung vom Bestehenden zum Vorgeschlagenen schon groß, denn bis dahin hatte dank dem klug erdachten künstlichen Wahlmodus kaum ein Dritteil der Repräsentanten der Landschaft angehört und in der Regierung war diese letztere so gut wie gar nicht vertreten.

Dennoch ward der Vorschlag auf der Landschaft mit Unwillen aufgenommen. Entschiedene Republikaner veranstalteten als Antwort auf denselben am 22. November 1830 in Uster eine Volksversammlung. Unter freiem Himmel traten daselbst ungefähr zehntausend Männer zusammen, entschlossen, den gerechten Begehren des Volkes Nachdruck zu verschaffen. Drei dieser Männer, in einer vorberatenden kleineren Versammlung als Redner bezeichnet, Dr. Johannes Hegetschweiler, Gemeindeammann J. J. Steffan von Wädenswil und der Müller Heinrich Guyer von Bauma, sprachen begeistert, aber mit kluger Mäßigung zur Versammlung, indem sie ihr die Begehren vortrugen und erklärten, die an die Regierung, bzw. den Großen Rat gerichtet werden sollten. Die wichtigsten dieser Begehren waren: Verhältnismäßigere Repräsentation ($^1/_3$ der Stadt, $^2/_3$ der Landschaft), besseres Wahlsystem, Trennung der Gewalten, Pressefreiheit, Petitionsrecht, größere Selbständigkeit der Gemeinden, Aufhebung des Zunftzwanges, gerechtere Besteuerung, durchgreifende Verbesserung im Schulwesen. Schon am folgenden Tage ermahnte die Regierung durch eine Proklamation das Volk zur Ruhe und Ordnung. Die Bedeutung des Tages von Uster wurde von allem Volke erfaßt und rief allgemeine Begeisterung und das Ahnen einer neuen Zeit herauf.

Mit Recht ist dieser Tag von Uster durch mehrere Jahrzehnte alljährlich von der liberalen Partei gefeiert worden[11]).

Das „Memorial von Uster", das die erwähnten Begehren nebst andern mit deren wohlerwogener Begründung enthielt, erweckte Jubel auf der Landschaft und Ingrimm in der Hauptstadt. Wer in Zürich mit der Usterversammlung sympathisierte, mußte entweder seine Stimmung in sich verschließen oder sich dem Haß und Spott und allerlei Anfeindungen preisgeben, sei er Bürger oder „Hintersäß" gewesen. Dennoch gab es eine Anzahl unabhängiger, zum Teil ausgezeichneter Stadtbürger, welche den politischen Umschwung begünstigten, die neuen Grundsätze verteidigten und selbst die Führer der sich bildenden liberalen Partei wurden. — — —

Noch hatte ich wenig Gelegenheit, über Politik im allgemeinen und die politischen Tagesbegebenheiten im speziellen mich auszusprechen, denn meine Praxis nahm meine Zeit und meine Sorge fast ganz in Anspruch, und am Krankenbett oder der Umgebung desselben von Politik, wie überhaupt von Fremdartigem zu sprechen, ging gegen meine Gewohnheit, ja gegen mein Schicklichkeitsgefühl. Gesellschaften besuchte ich aber, auch jetzt noch, fast nie. Geschah es zur Seltenheit einmal, so gab ich, zumal unter Kollegen, meine Gesinnung rückhaltlos und mit Wärme kund.

Als dann der Große Rat infolge des Memorials von Uster, gedrängt von der Stimmung des Volkes, die Wahl eines neuen Großen Rates nach dem von ihm, wenn auch nicht ohne Widerspruch von Rechts und Links, adoptierten Repräsentationsverhältnis von Eindrittel für die Stadt Zürich und Zweidrittel für die übrigen Teile des Kantons, beschlossen hatte und dieser neue Große Rat am 20. Dezember zur Beratung einer neuen Verfassung einberufen war, da ward meine Stimmung so erregt und gehoben, daß ich meinen politischen Anschauungen und Empfindungen öffentlich in einem Gedichte Ausdruck gab, das von Herrn Staatsrat Usteri in die „Neue Zürcher Zeitung"

---

[11]) Zur allgemeinen Orientierung sei verwiesen auf: Karl Dändliker, Der Ustertag und die politische Bewegung der Dreißiger Jahre im Kanton Zürich, Festschrift, Zürich 1881, sowie seine Geschichte des Kantons Zürich, Band 3, Zürich 1912; Hans Nabholz, Die Eingaben des zürcherischen Volkes zur Verfassungsrevision des Jahres 1830, Neujahrsblatt der Stadtbibliothek Zürich 1911; Walter Wettstein, Die Regeneration des Kantons Zürich 1830 bis 1839, Zürich 1917.

mit meiner Unterschrift versehen, aufgenommen wurde[12]). Von den sieben Strophen desselben seien hier einige eingeschaltet. Sie galten dem neuen Großen Rat.

1. Wohlan, es tagt!
Ha! wie der Freude Jubelreigen
Gleich Lerchengesang das Licht begrüßt!
Wie schön nach langem düsterm Schweigen
Ein neues Leben sich erschließt!

2. Wacht, Brüder, auf!
Seht, wie der Freiheit Sonne spendet
Ihr Himmelslicht auf Berg und Thal!
Wohin ihr eure Blicke wendet,
Das ganze Land durchdringt ihr Strahl.

3. Zur Arbeit hin!
Hört nah und fern dies Wort euch künden,
Des Tages Ruf ertönt mit Macht.
Das Glück der Enkel zu begründen
Hat euch die Gottheit zugedacht.

6. Reicht Euch die Hand!
Soll Euer großes Werk gedeihen,
Leit' Euch des Friedens guter Geist!
Nicht Haß, nicht Selbstsucht darf entweihen,
Was Schönes uns die Zeit verheißt.

Wie dieser Gruß an die neue Zeit von dem Publikum, mit dem ich zunächst in Berührung kam, aufgenommen wurde, das läßt sich leicht denken.

Als dann nach dem Volkstag in Uster die Führer der sich bildenden liberalen Partei für diese ein eigenes politisches Organ, den „Schweizerischen Republikaner" mittelst einer Aktiengesellschaft zu gründen unternahmen, da schloß ich mich dem Unternehmen an, und dies war der erste Schritt zur aktiven Teilnahme an den Bestrebungen und Kämpfen dieser Partei.

---

[12]) „Neue Zürcher Zeitung", Nr. 89, 3. November 1830.

Zu dem „Schweizerischen Republikaner“, der in der Periode der Dreißiger Jahre in der schweizerischen Presse eine hervorragende Stellung, ja — unter der Redaktion seines eigentlichen Begründers, des Herrn Doktor Ludwig Snell, eines mit den schweizerischen Verhältnissen sehr vertrauten, geistvollen, mit hoher Bildung ausgestatteten und von echt republikanischem Geiste beseelten deutschen Gelehrten — wohl den ersten Rang wenigstens unter den politischen Blättern der deutschen Schweiz einnahm, trat ich späterhin in nähere Beziehungen, indem ich mich eine Reihe von mehr als zehn Jahren an der Spitze der Aktiengesellschaft befand und großenteils die Ökonomie des Blattes besorgte, dessen Redaktion im Verlauf dieser Jahre von Dr. Snell an Oberrichter M. Füßli, von diesem auf Julius Fröbel und späterhin wieder auf Snell überging. Diese meine Stellung zum Blatte gab mir viel Schwieriges zu überwinden, brachte mich aber in Berührung mit den bedeutendsten Personen der liberalen Partei.

Literarisch aber benützte ich den Republikaner dazu, Reformen auf dem Gebiete des Sanitätswesens anzuregen, wie namentlich die Vervollkommnung der Anstalten zur Bildung von Ärzten und Tierärzten, die Revision der Examenordnung für Medizinalpersonen, Verbesserungen im Apothekerwesen u. a. m. Ganz von demokratischen Ideen erfüllt, wollte ich, daß den zu einer staatlich organisierten Körperschaft der vereinigten Ärzte des Kantons Zürich ein gewisser Einfluß auf die Konstituierung der kantonalen Sanitätsbehörde und auf die Medizinalgesetzgebung eingeräumt werde. Für diese und andere Reformen auf demselben Gebiete wirkte ich, von andern Kollegen unterstützt, im Schoße der medizinisch-chirurgischen Kantonalgesellschaft. — — —

Meine nun hervorgetretene politische Partei-Einstellung hatte einen weit geringeren nachteiligen Einfluß ausgeübt, als meine Verwandten besorgten und als ich selbst als möglich ahnen mußte, wenn ich in Betracht zog, daß die Partei, der ich mich offen anschloß, mit neun Zehnteilen der Bürger der Stadt in leidenschaftlich aufgefaßter Opposition stand. Daß meine Parteinahme unklug in Hinsicht auf meine Berufsstellung sei, konnte ich nicht bestreiten, und ich selbst riet manch andern Bewohnern Zürichs, aus demselben praktischen Gesichtspunkt, vor jeder Beteiligung an politischen Demonstrationen ab. Aber

ich konnte und wollte meine politische Überzeugung nicht verleugnen, hielt es vielmehr in meiner bürgerlichen Stellung für Pflicht, sie offen kund zu geben. Dagegen enthielt ich mich in meinen beruflichen Sphären jedes politischen Gesprächs und meine Kranken konnten, wenn man sie fragte: „Wie könnt Ihr auch einen solchen verdammten Radikalen zu Euerem Doktor haben?“, mit allem Grund antworten: „Seine Politik berührt uns nicht, wir beraten ihn als Arzt und nicht als Politiker“.

Ich hatte also einen schönen, ja fast glänzenden Anfang einer ärztlichen Karriere hinter mir und ich hatte keinen Grund, mir irgend eine andere Lebensstellung zu wünschen. Es war auch lange mein Entschluß, nur meinem Berufe zu leben; auch dann noch, als ich die Wahl zum Mitglied des Gesundheitsrates, die mich selbst mehr als jeden anderen überraschte, angenommen hatte. Ich lehnte diese nicht ab, weil Amt und Beruf sich innig berührten. Mein Entschluß ward denn auch im gleichen Jahre, 1832, auf eine andere Probe gestellt, indem man, als es sich um die Wiederbesetzung von acht Stellen im Regierungsrate handelte, die Frage an mich richtete, ob ich eine solche Wahl annehmen würde? Ich verneinte diese Frage mit aller Bestimmtheit.

Soll ich es bedauern, daß ich jenem Entschlusse später doch nicht treu geblieben bin, sondern den Zureden und Gründen anderer nachgegeben habe? Ich weiß es nicht. Nur das weiß ich, daß ich dadurch mir nicht Vorteile, sondern Nachteile, materielle nämlich, zugezogen habe, der Last meiner Arbeiten nicht zu gedenken. Arzt zu bleiben und meinen Beruf auszuüben, daran hielt ich fest bei der Übernahme aller meiner späteren Beamtungen. — — —

Es gab allerdings Momente und Situationen, in welchen ich die Stunde verwünschte, in welcher ich mich bestimmen ließ, Staatsämter anzunehmen. Allein jetzt am Schlusse meiner Laufbahn blicke ich doch ohne Bedauern auf diese zurück und freue mich, soviel erlebt und auch gewirkt, aber auch ertragen zu haben. Wäre ich früher, inmitten meiner Aufgaben und Pflichten gestorben, so hätte, wie es oft, wahr oder unwahr, zu geschehen pflegt, wohl mancher gesagt: Er ist der Last seiner Arbeiten erlegen. Mancher möchte wohl auch einer solchen Last erlegen sein. Gott sei es gedankt, daß ich es nicht bin. — — —

Mein Eintritt ins Staatsleben.

Im Jahre 1832 handelte es sich um die Gründung einer zürcherischen Hochschule als Bestandteil und Krone des neu geschaffenen Schulwesens. Obgleich noch nicht in stimmgebender, amtlicher Stellung, nahm ich jede Gelegenheit wahr, für dieselbe das Wort zu führen und insbesondere darauf hinzuwirken, daß die medizinische Fakultät, auf der das Hauptgewicht mir zu liegen schien, gut ausgestaltet werde. Für Schönleins, meines früheren Lehrers, Berufung sprach ich mich mit warmem Eifer aus.

Im Februar 1832 ward ich durch meine Ernennung zum Mitgliede des Gesundheitsrates, eines der sieben Ratskollegien des Regierungsrates, überrascht. In der Tat hatte ich davon keine Ahnung. Leugnen will ich aber nicht, daß diese Wahl mich freute, ja, ich darf wohl sagen, mehr als alle andern Wahlen, die später auf meine Person gefallen sind. Das war ein Gebiet, das meinem Beruf nahe lag, ja, damit in mancher Beziehung sich verschmolz, und die amtliche Stellung verschaffte mir die Gelegenheit, für die von mir gewünschten Reformen tätig zu sein. Ich nahm also die Wahl an, zumal auch zu hoffen war, daß das Opfer an Zeit nicht allzu groß ausfallen werde.

In diesem Kollegium saßen nun neben mir drei meiner ehemaligen Lehrer, nämlich die Herren Archiater David Rahn, mein früherer Prinzipal, Spitalarzt Joh. Ludwig Meyer, und Poliater David Zundel. Präsident war Herr Regierungsrat Dr. Hegetschweiler, ausgezeichneter Arzt und Botaniker, Vizepräsident Herr Dr. Rahn. Dieser wie die Herren Meyer und Zundel waren Mitglieder des früheren Sanitätskollegiums gewesen und konnten sich in die neue Stellung und die Formen und Bestrebungen der neuen Behörde, kurz in all diese Neuerungen der Zeit nicht leicht finden, blieben oft mit ihren Anschauungen in der Minderheit und traten deshalb nach kurzer Zeit einer nach dem andern aus. In einer der dadurch freigewordenen Stellen trat nun der inzwischen zum Professor der medizinischen Klinik an der Hochschule berufene Schönlein. Das Vizepräsidium wurde mir übertragen und es fiel mir in dieser Stellung wegen häufiger Abwesenheit des Präsidenten auf Tagsatzungen ziemlich oft die Leitung der Geschäfte zu. Im übrigen

nahm ich wirksamen Anteil an den organisatorischen und andern Arbeiten der Behörde. Das Geschäftsreglement für dieselbe, eine erhebliche Anzahl anderer Reglemente und Verordnungen und eine Reihe von Gesetzesentwürfen waren Produkte dieser meiner Tätigkeit. Daneben wurde mir die Abfassung medizinisch-gerichtlicher Gutachten häufig übertragen. An Dr. Zundels Stelle zum Präsidenten der Veterinärsektion gewählt, machte ich auch die Vorarbeiten für eine neue Organisation der Tierarzneischule.

Bei dieser amtlichen Tätigkeit blieb es nun aber nicht. Noch in demselben Jahr, in welchem jene erste öffentliche Wahl auf mich fiel, ward ich vom Großen Rate zu einem seiner dreißig indirekt von ihm zu wählenden Mitgliedern gewählt. In meinem heimatlichen Wahlkreis hatte sich im Jahr 1831 bei der Wahl seiner Repräsentanten eine ansehnliche Zahl von Stimmen auf meine Person vereinigt, doch nur die Minderheit. Die jetzige Wahl mußte ich wohl dem Einfluß Hegetschweilers und seiner damaligen Freunde Keller und Füßli zuschreiben, denn dem größten Teil der Mitglieder des Großen Rates war ich noch eine unbekannte Person. Zu der Annahme der Wahl konnte ich mich deshalb entschließen, weil ich auch während den Sitzungsperioden die nötigsten Krankenbesuche doch machen konnte, auch war allerdings mein Interesse an öffentlichen Angelegenheiten schon sehr rege geworden.

Mein Onkel und Pflegevater äußerte große Freude über die mir gewordene Ehre. „Es wird nicht hiebei bleiben", sagte er mir. Leider sollte es ihm aber nicht vergönnt sein, von meiner amtlichen Karriere mehr zu erleben, denn schon im folgenden Jahre, 1833, machte eine Unterleibsentzündung seinem edlen Leben ein Ende. Sein Tod schmerzte mich tief. Wie väterlich seine Gesinnung gegen mich war, das zeugte auch sein Testament, in welchem er mich vorzugsweise bedachte, so daß ich selbst mich bewogen fand, auf das mir zugedachte, übrigens keineswegs bedeutende Erbteil zugunsten der andern Verwandten zu verzichten.

Die erste Sitzung des Großen Rates, der ich beiwohnte, war einem Gegenstand gewidmet, der besonderes Interesse für mich hatte und bei dem es zu einer lebhaften Debatte kommen mußte. War vielleicht dies mit ein Grund für meine Erwählung? Es lag nämlich ein Gesetzesentwurf über die ärztliche Besorgung

des Kantonsspitals zur Behandlung vor. Dieser fand, wie vorauszusehen war, lebhafte Opposition, insbesondere in einem Punkte, nämlich über die Stellung und Befugnisse der klinischen Direktoren. Der Entwurf wollte die Oberleitung der medizinischen und der chirurgischen Abteilung des Spitals in ihrem ganzen Umfang je in die Hände des Direktors der medizinischen, bzw. der chirurgischen Klinik, sowie die Leitung der Gebäranstalt in diejenige des Professors der Geburtshülfe legen. Die Opposition wollte dagegen jenen Direktoren nur eine Abteilung der betreffenden Anstalten, eine beschränkte Zahl von Kranken überlassen, die Behandlung der übrigen aber besonderen, gleich berechtigten Spitalärzten übertragen. Unter den Gründen für diese letztere Ansicht wurde auch der betont, daß jene Direktoren in der Regel fremde, mit unsern Verhältnissen, Sitten, ja selbst mit unserer Sprache nicht vertraute Gelehrte sein werden, die Anstalten somit gewissermaßen ganz in fremde Hände übergingen. Das war damals von großem Gewicht. Einer der Hauptverteidiger dieser letzteren Ansicht war der bisherige Oberarzt des Spitals, Herr Archiater Rahn, mein ehemaliger Prinzipal. Mit einer gewissen Schüchternheit, aber gedrängt von meiner Überzeugung, ergriff ich das Wort für den Entwurf, und im Fluß der Rede ward ich, wie mir das oft passierte, so warm, daß meine „Jungfernrede" vielleicht etwas zu lebhaft wurde. Während sie mir von der einen Seite Beifall zuzog, ward mein Auftreten gegen meinen früheren Prinzipalen und den Mann von so reicher Erfahrung und so hoher Stellung von der andern Seite schroff beurteilt. — — —

Es war eine Zeit großartigen Schaffens, diese Dreißiger Periode, denn es herrschte eine wahre Begeisterung auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens, und der Männer gab es eine bedeutende Zahl, die trotz der geringen Leistungen der Schulen der früheren Perioden sich durch eigenen Bildungstrieb eine Summe von Kenntnissen erworben hatten, die sie befähigten, ihre frische, naturwüchsige, geistige Kraft, angeregt und geleitet von hervorragend gebildeten, klaren Köpfen, zum Besten des Landes zu verwenden. Die Verhandlungen des Großen Rates waren im allgemeinen in dieser Periode frischer und belebter als in späteren Jahrzehnten. Ich selbst nahm sehr oft Anteil an den Debatten. Von denen meiner Reden, die ganz oder ihrem Hauptinhalte nach in die öffentlichen Blätter

übergegangen sind, erwähne ich aus dieser Periode nur derjenigen gegen die Todesstrafe, sowie der bei Anlaß der Reformen im Schullehrerseminar und des Konfliktes der Schweiz mit Frankreich (Conseilhandel) 1836 gehaltenen. Bezüglich der ersteren dieser Reden (vergl. Nr. 90, 91 und 92 der „NZZ." 1835) sei hier nur bemerkt, daß sie bei Gelegenheit der Beratung eines neuen Strafgesetzbuches gehalten wurde und daß mein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe nur 23 Stimmen erhielt. Die Niederlage war vorauszusehen, aber, so sagte ich mir, die Todesstrafe wird doch in fünfzig Jahren abgeschafft sein.

In den beiden berührten amtlichen Stellungen hatte ich nun Gelegenheit genug, mein Interesse an Gelegenheiten des öffentlichen Wohles und der staatlichen Entwicklung durch persönliches Mitwirken zu betätigen. Diese Tätigkeit absorbierte auch bereits einen nicht ganz unbedeutenden Teil meiner arbeitsvollen Zeit. Ich hatte daher nicht das mindeste Verlangen nach andern Stellungen, die mich in meinen Berufsgeschäften und Berufsstudien noch mehr beschränken würden. Dagegen nahm ich mir vor, einzelne Kollegien an der neugegründeten Hochschule, die im April 1833 durch einen feierlichen Akt in der Großmünsterkirche eingeweiht worden war, anzuhören, insbesondere die Klinik Schönleins zu besuchen. Noch mehr. Um diesem ausgezeichneten Arzt und Kliniker näher zu kommen und persönlichen Nutzen aus seiner Berufung zu ziehen, wollte ich mich auch für die medizinische Sekundärarztstelle im Spital melden. Es blieb aber diesfalls bei einer mündlichen Besprechung mit dem Präsidenten des Gesundheitsrates, welch letzterer einen Vorschlag für die Wahl zu machen hatte. Jener, Regierungsrat Hegetschweiler, bat mich nämlich, diesen Gedanken aufzugeben. Es gebe für mich eine passendere Stellung, von der er jetzt aber noch nicht sprechen wolle. So rätselhaft diese Antwort war, so war es mir dagegen klar, daß ich jenen Gedanken aufgeben müsse, um so mehr, da ich selbst Mitglied der vorschlagenden Behörde war. Ungern genug tat ich es.

Aber hatte ich einmal den Finger gegeben, so wurde die Hand nachgezogen. An der Verbesserung des Schulwesens wurde mit regem Eifer und von kundigen Händen gearbeitet. Hirzel und Scherr, jener Präsident des Erziehungsrates,

dieser Seminardirektor, früher Oberlehrer an der Blinden- und Taubstummenanstalt, wirkten unermüdlich für das Volksschulwesen, wie hinwieder die Professoren J. C. Orelli und Keller für das höhere Schulwesen, allerdings unterstützt durch andere tüchtige Kräfte, arbeiteten. Aber die „neue Schule" wurde im Volke nicht überall gut aufgenommen. Die neuen Scherrschen Lehrmittel und das Gesangbuch von Nägeli wurden hie und da angefeindet. Dieser Geist des Widerspruchs steigerte sich namentlich in einigen Gemeinden des Bezirks Regensberg zu tumultuarischen Auftritten. Der Ernst der Regierung schaffte indes bald Ruhe[13]).

Zu dieser Zeit fiel nun auch noch die Wahl eines Mitgliedes des Erziehungsrates auf meine Person. Ich wurde gedrängt, die Wahl anzunehmen, und ich war nicht stark genug, sie abzulehnen. Ich wußte noch nicht, wieviel Zeit ich damit zum Opfer bringe. Die Behörde bestand aus 19 vom Großen Rate gewählten Mitgliedern. Sie teilten sich in zwei Sektionen, die eine für das Volksschulwesen, die andere für das höhere Unterrichtswesen. Ich mußte in die erstere, wo die Lücke war, eintreten. Da gab es der Arbeit noch viel. Allwöchentlich hatte sowohl die ganze Behörde als die Sektion, der ich angehörte, wenigstens eine, letztere nicht selten zwei Sitzungen. Darin lag schon ein bedeutender Aufwand von Zeit. Aber auch solcher Arbeiten, die auf der häuslichen Studierstube gemacht werden mußten, gab es nicht wenige. — — —

Unter den Kommissionen war es besonders die Aufsichtskommission des Seminars, die mein Interesse in Anspruch nahm. Mit der Person des Direktors war ich nun hinlänglich bekannt und seine Arbeiten für die Volksschule hatte ich volle Gelegenheit zu würdigen. In diesem Gebiete übte er eine fast unbedingte Autorität aus, und waren etwa über gewisse Spezialitäten Differenzen im Schoße der zweiten Sektion, so war er der Zustimmung mehrerer Mitglieder der ersten Sektion in der Plenarbehörde und deshalb auch des Sieges seiner Ansicht zum voraus ziemlich gewiß. Dies steigerte noch seine Reizbarkeit gegen jeden Widerspruch. Eine solche Differenz brachte unter anderem die Frage der Verlegung des Seminars. Es war im Jahre 1833, als Scherr diese Verlegung wirklich be-

[13]) Heinrich Hedinger, Der Stadlerhandel 1834, Zürcher Taschenbuch 1939, S. 162—187.

antragte. Er hatte dabei Zürich und dessen Umgebung oder Winterthur als künftigen Sitz der Anstalt im Auge. Die Zeit war nämlich abgelaufen, für welche „einstweilen" Küsnacht als Sitz des Seminars bezeichnet war. Der Große Rat hatte nun die Frage des künftigen Sitzes definitiv zu entscheiden. Die Bestimmung eines andern Sitzes begründete Scherr neben andern Motiven vornehmlich damit, daß die Zöglinge in Küsnacht nur zu einem kleinen Teil gut untergebracht seien, und nach seiner Darstellung sah es in diesem Punkte ziemlich schlimm aus[14]). Eine Kommission mußte nun die Sache untersuchen, und zu einem Mitgliede derselben wurde auch ich bezeichnet. Stellte diese Untersuchung nun allerdings Übelstände heraus, z. B. der Mangel eines für Sommer und Winter geeigneten Arbeitszimmers oder das Vorhandensein einer zu zahlreichen Bewohnerschaft des Hauses oder die Betreibung geräuschvoller Gewerbe in demselben und dergleichen, so waren solche Übelstände doch nicht in dem Maße vorhanden, und anderseits die Auswahl anderer Kostorte und geeignetere Lokale doch nicht so gering, daß jene Übelstände nicht hätten vermieden oder beseitigt werden können. Der Bericht der Kommission ging demnach dahin, es liege überhaupt und speziell in jenen Übelständen kein genügender Grund vor, das Seminar von Küsnacht, wo dessen Einrichtung ziemlichen Kostenaufwand verursacht hatte, weg nach einem andern Ort zu verlegen. Der in diesem Sinne gestellte Antrag trug im Erziehungsrate und im Regierungsrat den Sieg davon. Zu entscheiden hatte aber der Große Rat. Als Verfasser jenes Berichts hatte ich auch die Aufgabe, als Referent des Regierungsrates den Antrag, Küsnacht definitiv zum Sitz des Seminars zu bezeichnen, übernehmen müssen. Der Antrag erhielt die Zustimmung der Mehrheit im Großen Rate[15]). In dieser Sache war ich also mit Herrn Scherr in Widerspruch geraten.

Andere Differenzen folgten. Allmählig treten der Präsident des Erziehungsrates und der zweiten Sektion, Herr Bürgermeister Melchior Hirzel, und Herr Scherr mehr und mehr in

---

[14]) Das Lehrerseminar Küsnacht hatte seine Wirksamkeit auf den 1. Mai 1832 in vier Zimmern des Nägelischen Hauses am See, dem heutigen Seehof, aufgenommen, so daß bald Platzmangel eintrat.

[15]) Die Verlegung des Lehrerseminars in das Amtshaus der ehemaligen Johanniterkomturei Küsnacht erfolgte auf Ostern 1834.

eine oppositionelle Stellung zueinander, die nicht selten zu bitteren Diskussionen führte, bei welchen die Mitglieder der Behörde sich in zwei ziemlich konstante Reihen teilten, von denen die eine — die meisten Mitglieder der zweiten Sektion — sich an Hirzel, die andere — die Mehrzahl der Mitglieder der ersten Sektion — an Scherr anschloß. Einzelne Mitglieder der ersteren Reihe hatten sogar ein für allemal erklärt, sie werden in Sachen des Volksschulwesens immer und unbedingt Scherrs Anträgen folgen. Scherr spricht sich hierüber in seinem Buche „Meine Beobachtungen, Bestrebungen und Schicksale 1840" deutlich genug aus. Meine Person betreffend sagt er dort: „Dr. Zehnder und Pfarrer Weiß folgten ihrer eigenen Überzeugung, die noch oft mit der meinigen zusammentraf". Immerhin stand ich doch Hirzel näher, ohne deshalb ad verba magistri zu schwören. Die schroffe, schneidende Sprache Scherrs Hirzeln gegenüber hatte mich denn doch oft sehr verletzt. — — —

Betreffend meine übrige Teilnahme an den Arbeiten des Erziehungsrates erwähne ich noch ein Lieblingsprojekt, das mir am Herzen lag, das aber leider in der trüben Strömung des kommenden Jahres unterging. Als Mitglied der Aufsichtskommission des Botanischen Gartens, zu dessen neuer Anlage ich mit Interesse mitwirkte, trug ich mich nämlich mit dem Projekte, auf der Höhe des Gartens, dem schönen mit Linden gekrönten Plateau, ein Denkmal für Paul Usteri, den ersten Bürgermeister der neuen Zeit, den verdienstvollen Staatsmann, den ausgezeichneten Gelehrten, zu gründen. Ich hatte die botanische Kommission für die Sache gewonnen. In ihrem Auftrag wandte ich mich durch Vermittlung Füßlis an Schwanthaler in München[16]). Dieser besuchte den Ort bei Gelegenheit einer Badekur in Baden, übermachte mir den Plan zu einem Standbild in weißem Marmor und veranschlagte die Kosten des letzteren auf 5000 Gulden. Mit Genehmigung der botanischen Kommission verfaßte ich den Aufruf für eine Volkssubskription, die nach allen Anzeichen freudig aufgenommen worden wäre — da vernichtete der 6. September mit seinen Vor- und Nachwehen den Lieblingsplan. — — —

---

[16]) Alte Künstlerfamilie aus Ried im Innviertel, die seit drei Jahrhunderten der Plastik oblag. Ihr hervorragendster Vertreter war der in München wirkende Bildhauer Ludwig Schwanthaler, 1802—1848 (vergl. Allgemeine Deutsche Biographie, Band 33, S. 193—204).

Die Wahl in den Regierungsrat.

Im Oktober 1834 wählte mich der Große Rat zu einem Mitgliede des Regierungsrates. Sollte ich annehmen oder ausschlagen, das war nun für mich eine schwere Frage. Es war mir klar, daß die Annahme mich zwinge, meinen Berufskreis zu beschränken; das aber tat ich sehr ungern. Auf der andern Seite hatte ich nun auch Lust gewonnen an den Arbeiten für öffentliche Interessen, für Staat und Volk. Dazu kam, gewissermaßen als entscheidendes Moment auf dem zweifelvollen Scheidewege, daß Männer, die ich hoch achtete, wie Hirzel, Heß, Hegetschweiler, dessen frühere rätselhaften Worte mir erst jetzt klar wurden, mich zur Annahme sehr ermunterten. So nahm ich denn an, aber mit schwerem Herzen und mit der Erklärung, daß ich versuchen wolle, ob ich die Pflichten dieses neuen Amtes erfüllen könne, ohne meinen Beruf ganz aufzugeben, wozu ich mich nicht entschließen könnte, und mit dem Vorbehalt also, meine Entlassung wieder zu verlangen, wenn jenes unmöglich wäre.

Aber wie war mir nach diesem Entschluß! Ich wagte fast nicht, bei meinen Kranken, wenigstens bei einem Teil derselben, wieder zu erscheinen. Da war des Fragens und Verwunderns und Bedauerns so viel, ich mußte Rede stehen über meine Intentionen. Und auf der Straße! Mit Hohngelächter begegneten die politischen Gegner dem „Herrn Regierungsrat". „Du Narr", sagte da einer zum andern, der mir höhnisch grüßend diesen Titel gab, „Du Narr, 's isch ja nur der Tokter Zehnder". Es ging andern vom Lande damals in Zürich nicht besser. Der städtische Witz brachte allerlei Titulaturen auf. So nannten die Herren und Burger z. B. den Großen Rat „das Landknabeninstitut"[17]). Wenn ich aber im amtlichen Ornat, schwarzer Kleidung, mit aufgeschlagenem Hut und den Degen an der Seite, mich reglementsgemäß aufs Rathaus begeben mußte, da kam es mir fast wie ein Spießrutenlaufen vor. Das dauerte indes nicht lange. Gewohnheit nimmt dem Neuen bald seinen Reiz und die Scheu weicht. — — —

[17]) Offenbar in Anlehnung an das 1791 begründete Landknabeninstitut im Niederdorf, eine Schule auf der Sekundarschulstufe, die für Landknaben bestimmt war.

Das kollegialische Verhältnis im Regierungsrate war mir zusagend und angenehm. Die beiden Bürgermeister, die meinen Eintritt in die Behörde gewünscht hatten, gaben mir stets Beweise wohlwollender Achtung, die Veteranen Pfenninger, einst Regierungsstatthalter unter der helvetischen Republik, und Junker Ludwig Meyer von Knonau, ergrauter Staatsmann und Geschichtsforscher, begrüßten freundlich den jüngeren Kollegen; Hegetschweiler und E. Sulzer waren in den Sitzungen meine freundlichen Nachbarn und mit allen übrigen stand ich auf gutem Fuße.

Mit Hinsicht auf den politischen Standpunkt walteten unter den Mitgliedern keine schroffen Differenzen. Gehörten auch nicht alle einer entschieden liberalen oder radikalen Richtung an, so war doch ein reaktionäres Element nicht mehr vorhanden. Die fünf oder sechs Mitglieder, die Bürger der Stadt Zürich waren, gingen in politischen Fragen meist mit den übrigen einig und halfen auch Maßregeln durchführen, gegen welche die Stadt, d. h. ihre Behörden, nicht selten gegen ihr eigenes Interesse und die Forderungen der Zeit und der ungehemmteren Entwicklung in politischem Groll verkennend, hartnäckig Opposition machte.

Was für mich und andere besonders zu beklagen war, das war die Schwerfälligkeit der Verhandlungen und der Zeitverlust, der dadurch verursacht wurde. Damals, zur Zeit meines Eintrittes, wurde noch über alle Beratungsgegenstände und Anträge Umfrage gehalten, d. h. die Mitglieder wurden der Reihe nach aufgefordert, ihr Votum abzugeben. Aber auch dann, als nach einiger Zeit diese Übung beseitigt war, glaubten doch die meisten Mitglieder, über die vorliegende Sache sprechen zu müssen, wenn es auch nur Wiederholungen des schon Gesagten waren. Dazu kam, daß die Anträge, welche von den Ratskollegien gebracht wurden, selten schriftlich, sondern meist mündlich beleuchtet und daß man deshalb nicht Gelegenheit hatte, von diesen Anträgen und ihrer Motivierung vor deren Behandlung Kenntnis zu nehmen. So mußten endlose und langweilige Diskussionen entstehen, wobei es hie und da Stoff zu launigen nachbarlichen Zwiegesprächen gab, die die Langeweile etwas kürzten.

*

Überblickt man nun die rastlose Tätigkeit, welche der Selbstbiograph auf den nächsten dreißig Seiten im einzelnen beschreibt, so springt vor allem das schöpferische Wirken von Regierungsrat Zehnder auf dem Gebiete der Armenpflege in die Augen. Durch die Schaffung eines neuen Armengesetzes wird Dr. Zehnder zum Reorganisator des Armenwesens. Das grundsatzlose Almosengeben nach Laune und Willkür, bei dem Zudringlichkeit den Preis davontrug, nimmt ein Ende. Dr. Zehnders Prinzip ging dahin, Unterstützungen nur solchen Gruppen, hilflosen Kindern, Kranken, Alten und Gebrechlichen zu verabfolgen, die nicht im Besitze der Kräfte waren, sich die Mittel für den Lebensunterhalt zu verschaffen. Dieses Unterstützungswesen wurde Sache der Gemeinden, wobei der Staat im Verhältnis zur Leistungs- und Steuerfähigkeit jährlich Beiträge aus dem kantonalen Armenfonds zuschoß. Die von der Regierung ausgeübte Kontrolle war nunmehr so straff, daß sich in den drei ersten Jahren durch Ausscheidung der unwürdigen Elemente die Zahl der Unterstützungen zusehends verminderte.

Das andere Gebiet, das Regierungsrat Zehnder besonders am Herzen lag, war die äußere Politik der Eidgenossenschaft. Der Unmut über die anmaßenden Forderungen der benachbarten Mächte betreffend die Ausweisung sämtlicher Flüchtlinge tat sich am 21. August 1835 in der großen Volksversammlung auf der Wiedikoner Allmend kund, deren Organisation und Leitung Dr. Zehnder anvertraut wurde. Feierliche Stille herrschte, als der Redner, die Gefahr eines Widerstandes gegen die fremden Zumutungen nicht verhehlend, am Schlusse die Frage an die vieltausendköpfige Versammlung richtete: „Seid Ihr entschlossen, für die Freiheit und Selbständigkeit des Vaterlandes Alles — Gut und Blut — einzusetzen?", worauf ihm ein tausendstimmiges Ja entgegenhallte. Dr. Zehnder war auch der mutige Mann, der im Großen Rate bei der Beratung der Tagsatzungsinstruktion betreffend die Beilegung des Zwischenfalls mit der französischen Regierung wegen der Entlarvung des Spions Auguste Conseil den Ausspruch tat: „Das freie offene Wort der Wahrheit ist die einzig würdige Politik der freien Republik". Dr. Zehnder war es wiederum, der den sinnigen Gedanken entwarf und verwirklichte, den Regierungen von Genf und der Waadt für das prompte Aufgebot von mehr als 25 000 Mann anläßlich des Prinz Louis Napoleon-Handels durch die Verabreichung von zwei Medaillen an die beiden Staatsmänner, den Genfer Rigaud und den Waadtländer Monnard, und je einer gestickten Fahne an die Wehrmänner von Genf und der Waadt zu danken. Bei dieser klaren politischen Einstellung mag die Rolle Dr. Zehnders beim Septemberputsch 1839 ganz besonders interessieren.

*

Die Berufung von Dr. Strauß an die Zürcher Hochschule.

Im Frühjahr 1839 war die Stelle eines Professors der Dogmatik und der Kirchengeschichte an der theologischen Fakultät zu besetzen. Schon zwei Jahre früher bei der Besetzung derselben Stelle wurde, und zwar von kompetenter Seite, Chorherr Schultheß, auf Dr. Strauß, Dozent in Tübingen,

den Verfasser des Buches „Das Leben Jesu“, aufmerksam gemacht. Damals war indes die Mehrheit des Erziehungsrates, namentlich auch dessen Präsident, noch gegen die Berufung des so kräftig und gewaltig an den Säulen des orthodoxen Glaubens rüttelnden, die Waffe der Kritik gründlich handhabenden, geistvollen Gelehrten. Jetzt aber war es gerade derselbe Präsident, welcher die Berufung Straußens lebhaft empfahl. Er hatte letzteren persönlich kennen gelernt, sich näher mit seinen theologischen Anschauungen bekannt gemacht und war nun geradezu begeistert für den „liebenswürdigen Mann“. Ihm schloß sich die eine Hälfte des Erziehungsrates, voran Prof. Joh. Kaspar von Orelli, dann Dr. F. L. Keller, Dr. David Ulrich, Jonas Furrer (erst neulich in die Behörde gewählt), ferner Seminardirektor Scherr, Lehrer Johannes Rüegg und ich selbst an. Die andere Hälfte dagegen, Dr. Ferdinand Meyer, Regierungsrat Eduard Sulzer, Pfarrer Felix Kaspar Weiß, Pfarrer Konrad Bleuler, Melchior Eßlinger und Prof. Heinrich Escher, opponierte gegen die Wahl[18]). Die Präsidialstimme entschied, wie begreiflich, für Strauß. Ich war bei meiner Stimmabgabe nicht schwankend, denn ich hatte Straußens Schriften gelesen, um mir ein selbständiges Urteil zu bilden. Tiefe Gelehrsamkeit, kritische Klarheit und Offenheit, Würde in der Darstellung und Achtung vor andern Standpunkten, die ich darin wahrnahm, stimmten mich zu seinen Gunsten. Für die Hochschule war, so fand ich, an diesem Mann eine bedeutende Kraft gewonnen, für Religion und Kirche aber fand ich keine Gefahr in seiner Berufung, vielmehr Anregung, Erfrischung und Klärung. Am 26. Januar 1839 fand die verhängnisvolle Wahl statt. Noch unterlag sie der Genehmigung des Regierungsrates. Diesem legte die Minderheit des Erziehungsrates ein abweichendes Gutachten vor. Damit begann der Kampf, dessen tragisches Ende der Aufruhr des 6. September war. — — —

Auf diese Zeit, den 31. Januar 1839, fiel gerade eine Sitzung des Großen Rates. Dies bestimmte den Regierungsrat, seinen Entscheid bis zum Schlusse dieser Sitzung zu verschieben, um Gelegenheit zu haben, die Stimmung der Mitglieder dieser Landesbehörde betreffend diese Frage kennen zu lernen, zumal

[18]) Solche Angaben über die Stellungnahme der einzelnen Mitglieder sind um so erwünschter, als das Protokoll des Erziehungsrates darüber keine Silbe verlauten läßt.

in seinem eigenen Schoße die Meinungen wie im Erziehungsrat auseinander gingen. Jene Gelegenheit bot sich dann auch in nicht erwarteter Weise dar. Das Haupt der zürcherischen Geistlichkeit, Antistes Füßli, der freieren Richtung in der Kirche nicht mehr wie früher zugetan, stellte nämlich die Motion, es solle durch ein Gesetz dem Kirchenrate Einfluß auf die Wahl von theologischen Professoren gegeben werden. Begründet wurde dieselbe durch Hinweisung auf die Wahl von Dr. Strauß, die als ein Schlag für die zürcherische Kirche und als ein Unglück für das Volk dargestellt wurde. Der Motionsteller wurde unterstützt durch Prof. Alexander Schweizer, wenn auch von andern Gesichtspunkten ausgehend, und von Dr. Bluntschli, nebst andern. Aber nicht minder lebhaft wurde die Motion angegriffen. Wenn auch ich unter den Bekämpfern derselben auftrat, so war ich dies der Stellung, die ich im Erziehungsrate einnahm, schuldig, und außerdem wurde ich dazu angeregt durch eine Äußerung, die ich aus dem Munde des Herrn Alexander Schweizer in gesellschaftlicher Vereinigung der Großratsmitglieder am Abend vor der Sitzung vernahm, der Äußerung nämlich: „Es sollte mich freuen, wenn der Bildungsstand des zürcherischen Volkes einen Dr. Strauß und seine theologische Richtung vertrüge.“ Dies in Erinnerung, folgte ich ihm als Redner sofort nach. Nach heißem Redekampf schritt der Große Rat mit großer Mehrheit (98:49) über die Motion zur Tagesordnung. Das war nun ein klarer Ausdruck der Stimmung in jener Behörde. Die naheliegende Folge davon war, daß der Regierungsrat nunmehr ohne Zögern die Wahl von Dr. Strauß bestätigte und zwar mit einer Mehrheit von 15 zu 3 Stimmen. Die Minderheit bestand aus den Herren Hegetschweiler und den beiden Kirchenräten Melchior Sulzer und Heinrich Hüni. Eduard Sulzer war abwesend. Ihre Motive waren politische. Religiöse Bedenken hatten auch sie nicht. Melchior Sulzer namentlich sprach die Besorgnis aus, daß der Einfluß der „Pfaffen“ durch Straußens Berufung nur gesteigert und dadurch statt eines Fortschritts ein Rückschritt erzielt werde.

Mit der Bestätigung der Wahl war nun die Losung zum Aufruhr, der im Versteck schon lauerte, gegeben. „Strauß“ wurde zum Feldgeschrei, mit dem der verhaßte Liberalismus gestürzt werden sollte, gemacht. Mit vollen Kehlen wurde von

Geistlichkeit, Aristokratie und Reaktionären, wie von allen, welche durch die mannigfachen Reformen und Schöpfungen der Dreißiger Jahre in ihren vermeintlichen oder wirklichen Interessen verletzt oder beeinträchtigt wurden, wie namentlich von den Bürgern der ihrer Vorrechte verlustig gewordenen Stadt Zürich, zum Sturm geblasen. Hohn und Übermut leuchtete jetzt auf den Gesichtern der Mißvergnügten. Es kann nicht meine Absicht sein, die Geschichte des großartigen Volksbetruges, dessen Spiel nun begann, von dem allerdings Tausende in guten Treuen und aus wirklich religiösen Besorgnissen mitgerissen wurden, in diesen Blättern ausführlich darzustellen. Nur eine Skizze von dem dunkeln Bilde, das der geschichtskundige Staatsrat Meyer von Knonau „ein schwarzes Blatt in der Geschichte des Kantons Zürich" genannt[19]) und das mich persönlich so wild und schauerlich angegrinst hat, will ich zu zeichnen versuchen.

Unmittelbar nach dem Entscheide des Regierungsrates ergriff der Stillstand von Neumünster, der Pfarrgemeinde des Antistes Füßli, die Initiative zum Kampfe durch den Beschluß, es seien alle nötigen Mittel zu ergreifen, um der Berufung von Strauß entgegenzuwirken und zunächst den Regierungsrat durch eine Petition zu veranlassen, seinen Beschluß zurückzunehmen. Gleich darauf, am 8. und 12. Februar, fanden, veranstaltet durch den reichen Fabrikanten Hürlimann-Landis, Versammlungen von Männern aus den meisten Gemeinden der Seebezirke in Richterswil und Wädenswil statt. In dieser letzteren wurde die Organisierung von Gemeinde-, Bezirks- und Zentralkomitees oder Glaubenskomitees – so nannte sie das Volk – beschlossen. — Der Fanatismus war indes schon bald bis zu einem solchen Grade angefacht, daß es gewagt gewesen wäre, in einer Versammlung Widerspruch gegen die Zumutungen der Glaubenskomitees zu erheben. Diesen Fanatismus zu

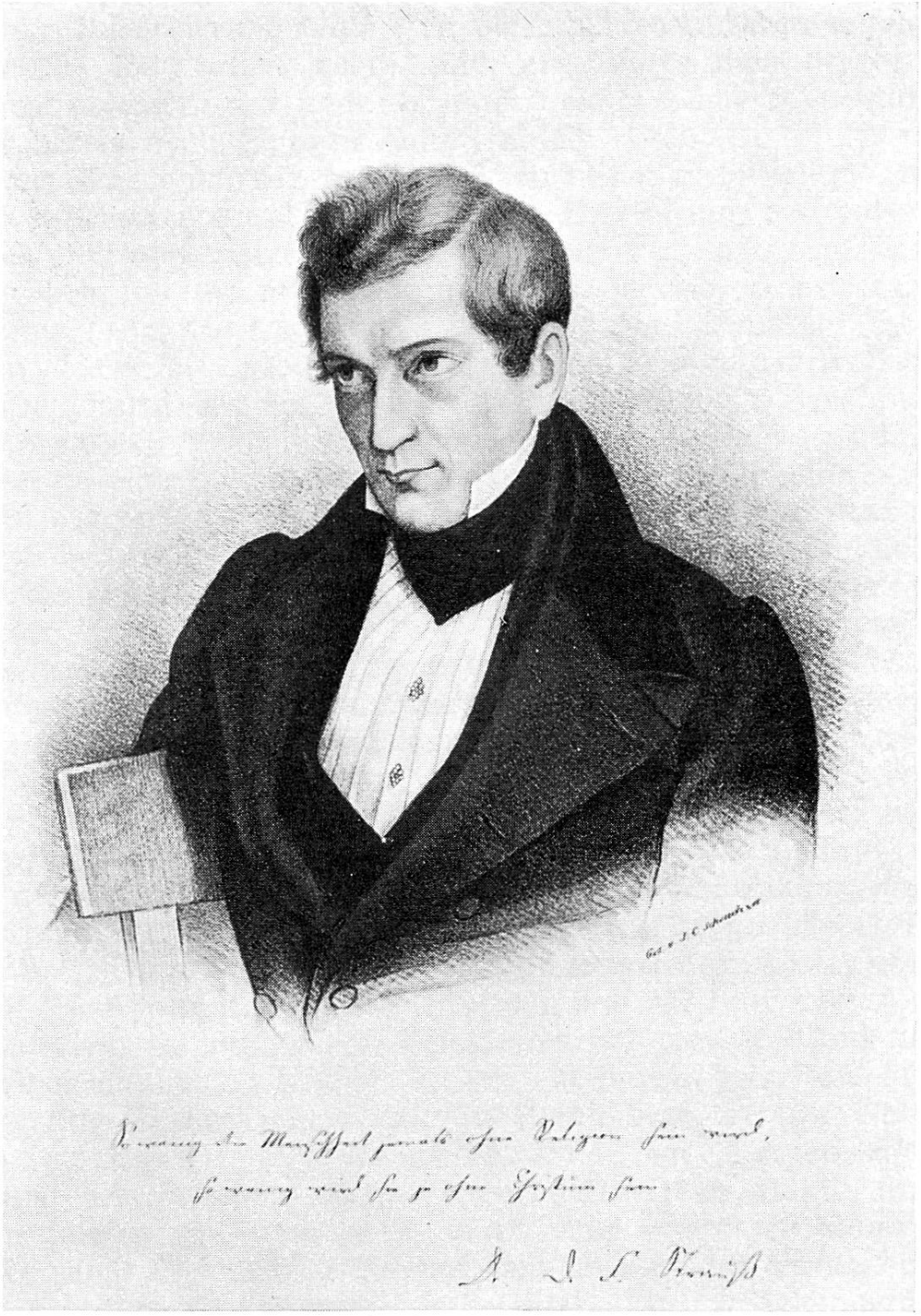
[19]) Lebenserinnerungen von Ludwig Meyer von Knonau, 1769—1841 herausgegeben von Gerold Meyer von Knonau, Frauenfeld 1882. Sie bilden heute noch eine geistig hochstehende und unterhaltsame Lektüre. — Regierungsrat Ludwig Meyer von Knonau gehörte zu jenen Liberalen, welche die ebenso offensichtliche wie unkluge Verkennung der sittlichen und religiösen Gefühle weiter Volkskreise bedauerten. Gleichwohl gab er bei der Abstimmung im Regierungsrate seine Stimme für die Berufung von Dr. Strauß, um sich nicht von der Mehrheit zu trennen und die Freiheit der Kritik zu wahren (vergl. Lebenserinnerungen, S. 454 ff.).

erzeugen und zu verbreiten, dazu boten die periodische Presse und zahlreiche Flugschriften dem Glaubenskomitee eifrige Unterstützung. Unter den öffentlichen Blättern tat sich in diesem Dienste vor allem die „Bürklizeitung" hervor. Es ward in Wort und Schrift und Bildern (Karikaturen) Unglaubliches geleistet, um Strauß als Gottesleugner und leibhaften Antichrist und seine Wähler und Verteidiger als gottlose Verräter am Volke darzustellen. Die liberale Presse in und außer dem Kanton tat das ihrige, um dieses Treiben zu zeichnen und die Sache in ihrem wahren Lichte darzustellen; auch an kleinen belehrenden Volksschriften ließ man es nicht fehlen. Männer der Wissenschaft, wie Orelli, Dr. Paulus von Heidelberg u. a. traten für die Wahrheit ein; auch Strauß selbst entgegnete der Verleugnung durch ein klares, beruhigendes Sendschreiben[20]). Alles umsonst, man predigte tauben Ohren, die nur die Stimme der Glaubenskomitees vernehmen wollten. Es traten indes auch einige Lebensäußerungen von Seite solcher Männer im Volke ein, welche den Mut hatten, dem Terrorismus der Glaubenskomitees entgegenzutreten. Ein Verein von Männern „zum Schutze der christlichen Glaubensfreiheit und der freien Schule" erließ eine „offene Zuschrift an das Volk zur Belehrung und Warnung vor Verführung und geistlicher Sklaverei". Durch denselben wurde auch unter anderem eine kleine, von mir in populärer Sprache bearbeitete Schrift „Ein Wort an das Volk über Dr. Strauß, seine Berufung und seine Lehre" in 6000 Exemplaren verbreitet. Es war diese Schrift jedoch die flüchtige Arbeit weniger Stunden, zu der ich ermuntert wurde. Buchhändler Schultheß kam nämlich zu mir, um mir zu sagen, er glaube, der rechte Zeitpunkt wäre jetzt gekommen, um in einer populären, kleinen Schrift das beunruhigte Volk zu beruhigen; er glaube auch, daß ich die geeignete Person wäre, eine solche zu erlassen, weil ich vielleicht noch am ehesten Glauben fände. Aber, so fügte er hinzu, die Schrift müßte bald erscheinen[21]). Ich gab seinem Wunsche nach, setzte mich noch den-

---

[20]) Eine umfassende Orientierung über diese Druckschriften gibt Walter Hildebrandt, Der Straußenhandel in Zürich im Spiegel der zeitgenössischen Literatur, Zwingliana, Band VII, Heft 1, sowie Quellen und Studien zur Geschichte der helvetischen Kirche, Band 9, 1939.

[21]) Buchhändler Schultheß nahm sonst meistens gegen Strauß gerichtete Druckschriften in den Verlag (vergl. Walter Hildebrandt, S. 21).



Dr. David Friedrich Strauß
1808—1874

selben Abend an die Arbeit und überbrachte ihm am folgenden Morgen mein Manuskript mit der Bemerkung, daß ich zu besserer Ausarbeitung keine Zeit hätte. Einen anderen Erfolg hatte das Schriftchen jedoch nicht, als daß es mich bei den Volksaufwieglern nur noch verhaßter machte, obgleich ich mich einer verletzenden Sprache ganz enthielt.

Der Erziehungsrat, der inzwischen mit Genehmigung des Regierungsrates die Einberufung des Dr. Strauß verschoben hatte, war von letzterem beauftragt, ein Gutachten darüber abzugeben, ob Strauß nicht in den Ruhestand zu versetzen sei. Daß dieser Auftrag schon wie eine Aufforderung zur Bejahung dieser Frage lautete, konnte niemandem entgehen. Der Petitionssturm übte bereits seine Macht aus. Bei der Beratung des Gutachtens teilte sich der Erziehungsrat am 9. März 1839 wieder in seine Hälften von 7 und 7 Mitgliedern. Die eine derselben verwarf die Versetzung Straußens in den Ruhestand, schlug aber die Kreierung einer neuen Professur für Dogmatik vor; die andere erklärte sich für die Versetzung in Ruhestand. Da der Vorschlag für eine neue Professur zunächst von mir ausgegangen war, so wurde auch dessen Redaktion und Begründung mir übertragen. Durch Hirzels Stichentscheid ward die erstere Meinung diejenige der Majorität. Die Minorität aber ließ sich nicht bewegen, ein Gegengutachten zu unterlassen. Der Regierungsrat entschied, wie zu erwarten war, mit Mehrheit für die letztere Meinung und beschloß, den Großen Rat auf den 18. März zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen. Der Große Rat genehmigte mit sehr großer Mehrheit den Bericht und den Antrag des Regierungsrates. Eine große Masse Volk hatte sich auf den Tribünen und vor dem Rathause versammelt. Es mußte ein Druck ausgeübt werden. Noch in derselben Sitzung, so beschloß er, soll ein Antrag betreffend die Versetzung Straußens in den Ruhestand dem Großen Rate vorgelegt werden, weshalb auf den nächsten Morgen eine Sitzung des Erziehungsrates angeordnet werden mußte, um einen solchen zu formulieren. Nicht ohne mächtigen Kampf wurde jener Beschluß gefaßt, an dem ich mich im Sinne der Majorität des Erziehungsrates beteiligte. Im Erziehungsrat mußte nun natürlich jeder Widerstand ein Ende haben, doch erklärten Keller, Furrer und Scherr zu Protokoll, daß sie nicht zur Ruhestandversetzung stimmen können, während Hirzel,

Ulrich, Orelli, Rüegg und ich erklärten, daß wir nur im Drange der Umstände und auf Befehl des Großen Rates zum Antrag stimmen. Daß der Regierungsrat den Antrag der Beseitigung Straußens mit einem Ruhegehalt von Fr. 1000.— jährlich[22]) bestätigte, versteht sich von selbst, und ebenso, daß der Große Rat den Beschluß befriedigt entgegennahm, allerdings mit Hohn und Schadenfreude bei den einen und mit Erbitterung, Schmerz und Scham bei andern seiner Mitglieder. — Damit war der Kampf für einmal zu Ende, und selbst das Zentralkomitee, indem es den Gemeinden seinen Sieg betreffend Strauß in einem Sendschreiben verkündete, erklärte, daß seine Mission nunmehr gänzlich erfüllt sei. — Der Große Rat hatte wieder Atem geschöpft und frischen Mut gefaßt, was auch die Wahl von fünf Mitgliedern des Regierungsrates und zweier Tagsatzungsgesandten bewies, da sie sämtlich der liberalen Partei zufielen[23]).

Die Vorbereitung des politischen Umsturzes.

Mit der Beseitigung von Strauß glaubten viele, den Frieden wieder hergestellt zu haben. Wie sehr hatten sie sich getäuscht. Nur das erste Stadium der „hehren Bewegung", wie die Führer der organisierten Revolution das Spiel, das sie mit dem verblendeten Volk spielten, nannten, war abgelaufen. Noch waren die verhaßten „Radikalen" an der Spitze des Staates, noch war Scherr Seminardirektor, noch war die neue Schule nicht unter die Diktatur der Geistlichkeit gebracht, noch war an der Verfassung noch kein Jota geändert! — Ich täuschte mich hierüber nicht. Schon früher hatte ich einem damals in Luzern lebenden Freunde geschrieben: „Die Bewegung endet nur mit dem Sturze der Regierung". Kaum hatte das Zentralkomitee seine Mission als erfüllt erklärt, als es sich im April von neuem konstituierte und seine Sendschreiben wieder zu erlassen begann,

[22]) Die Abstimmung im Erziehungsrate hatte 9 Stimmen für Fr. 1000.— und 5 Stimmen für das volle Gehalt von Fr. 1800.— ergeben.

[23]) Friedrich Schultheß, Zürcher Taschenbuch 1906, S. 85, und Wilhelm Meyer-Ott, Zürcher Taschenbuch 1910, S. 9, erwähnen Versprechungen, welche von einer Anzahl einflußreicher Mitglieder des Großen Rates vom Lande betreffend personelle Verschiebungen bei den bevorstehenden Erneuerungswahlen des Regierungsrates gegeben, aber nicht gehalten worden seien.

zunächst, um auf die Erneuerungswahlen der Gemeindebehörden einzuwirken, dann aber durch ein solches zu erklären, daß die „Zugeständnisse des Großen Rates“ in den erlassenen gesetzlichen Bestimmungen wenig Wert haben, den Wünschen des Volkes nicht genügen und daß es das letztere tief betrüben müsse, wie diese Wünsche verdächtigt und sein Glaube und seine Frömmigkeit mit Geringschätzung behandelt werden. Darum liege es in der Aufgabe des Komitees, andere Mittel und Wege aufzusuchen, um die gewünschten Garantien zu erhalten für den christlichen Glauben in Kirche und Schule. Die frömmelnde Sprache dieses Sendschreibens vom 8. August 1839 war durchwoben mit schamlosen Verdächtigungen der liberalen, diesem Treiben fremd gebliebenen Partei. Jetzt glaubte der Regierungsrat, es seiner Stellung und der Ruhe des Landes schuldig zu sein, diesem Gebaren des Zentralkomitees der XXII — der Regierung Nr. 2 — das mit den Gemeinden als höhere Autorität verkehrte, ein Ende zu machen. In einer Kundmachung vom 23. August erklärte er, es liege in den Aufforderungen des Komitees an die Gemeinden anderes nichts als eine Aufwieglung gegen die verfassungsmäßigen Behörden und ein Mißbrauch des Staatsorganismus und erließ den Befehl an die Gemeindsbehörden, keine Versammlungen weiter in Folge von Aufträgen des Zentralkomitees oder anderer ähnlicher Komitees zu veranstalten. Diese endliche Aufraffung kam indes zu spät. Sie diente nur dazu, die Pläne des Glaubenskomitees rascher zur Ausführung zu bringen. Am gleichen Tage noch protestierte das Komitee in einem Erlaß an die Gemeinden dagegen, daß es die Schranken der Verfassung und Gesetze überschritten habe, und erklärte, es werde ihnen beistehen, bis „die heilige Sache“ zu ihrer Befriedigung gelöst sein werde. „Seid mannhaft und stark!“ ruft es seinen Brüdern zu.

Auch der Stadtrat von Zürich protestierte dagegen, daß in dem Zusammenrufen der Gemeinde durch das Komitee etwas Ungesetzliches gelegen habe, und vindizierte sich das Recht, auch künftig zu handeln wie bisher. Dieses Beispiel wirkte, andere Gemeinderäte folgten, und ermuntert dadurch, erließ das Komitee eine förmliche Aufforderung zum Widerstand. Diese wurde von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt und die Unterzeichner zur Verantwortung gezogen. Auch einzelne Statthalter schrit-

ten gegen die Wühlereien ein. Die Regierung ließ sich dazu herbei, eine Erklärung über den Sinn ihres Beschlusses vom 23. August, der vielfach mißdeutet worden sei und weder die Rechte der Gemeinden noch das Petitionsrecht beschränke, in einer neuen Kundmachung zu geben und zeigte zugleich an, daß er eine Anzahl Truppen teils auf Pikett gestellt, teils einberufen habe, um das Ansehen der Gesetze und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Truppen rückten nun am 1. September pünktlich ein. Dies drängte zur Entscheidung. Eine Versammlung liberaler Männer aus allen Bezirken des Kantons baten in einer Adresse die Regierung kräftig, dem revolutionären Treiben ein Ende zu machen. Es war zu spät. Die Regierung war in sich zerrissen und dadurch gelähmt[24]). Das Zentralkomitee hatte auf den 2. September eine Volksversammlung nach Kloten einberufen. Eine starke Kolonne mit Fahnen, Oberst Bürkli an der Spitze, zog nach Kloten. Die Versammlung war groß, man schätzte sie auf 10 000 Mann und noch darüber. Der Himmel goß Ströme von Regen herab. Man mußte in die Kirche, soviel Platz darin hatten, und zwar unter Glockengeläute ziehen, die übrigen umgaben dieselbe. Herr Hürlimann-Landis eröffnete die Versammlung mit einer fanatischen Anrede, dann wurde Dr. Rahn-Escher zum Präsidenten derselben gewählt. Hierauf wurde eine Adresse an den Regierungsrat und der Entwurf einer neuen Petition an den Großen Rat vorgelegt und angenommen. Diese Petition wiederholte im Wesentlichen die noch nicht erfüllten Begehren der früheren Petition und verlangte, daß der Große Rat den Regierungsrat anweise, über den Erlaß vom 23. August sich in beruhigender Weise zu erklären, d. h. ihn zurückzunehmen und sich ähnlicher Befehle künftig zu enthalten, die Klage der Staatsanwaltschaft gegen den Ausschuß das Zentralkomitees zu unterdrücken, die Staatsanwaltschaft wegen Verletzung der Preßfreiheit zur Rechenschaft zu ziehen und die das Petitionsrecht hemmenden Befehle der Statthalter zu entkräften. 22 Deputierte – aus jedem

[24]) „Die Lenker der Bewegung waren über jedes Wort, das in den Sitzungen des Regierungsrates ausgesprochen, und mit dem größten Teil dessen, was vor und nachher in Zürich geredet wurde, orientiert, denn Staatsschreiber Hottinger und sein Sohn, der mit ihm die Kanzleigeschäfte besorgte, waren der Opposition durchaus ergeben und standen sowohl mit den Führern selbst als mit den Mitgliedern des Vereins in enger Verbindung.“ Lebenserinnerungen von Ludwig von Knonau, S. 473.

Bezirke zwei – hatten die Adresse an den Regierungsrat dem Bürgermeister zu überreichen. Dieser, Herr Heß, hatte zum Empfang der Deputation neben Herrn Hegetschweiler auch mich eingeladen. Es war mir ein saurer Gang in seine Wohnung. An der Spitze der Deputation stand der Pfarrer Bernhard Hirzel von Pfäffikon. Er hatte bis dahin die Agitation eifrigst betrieben, obgleich er zwei Jahre früher die Berufung von Dr. Strauß zum Professor der Theologie in Zeitungsblättern warm empfohlen hatte. Bernhard Hirzel war ein geistreicher, gelehrter Theologe, aber bereits sittlich verkommen, wofür ich Beweise in den Händen hatte, wie er denn auch später Predigtamt und Heimat verließ und in Paris nach ungebundenem Leben und begangenen Verbrechen als Selbstmörder endete. Bernhard Hirzel führte das Wort. Scharf und trotzig entwickelte er den Inhalt der Adresse, betonte die einzelnen Forderungen, bedauerte den Zwiespalt zwischen Regierung und Volk, versicherte des Volkes Treue an der Verfassung, aber auch dessen entschiedenen Willen, seine Wünsche erfüllt zu sehen[25]). Schließlich verlangte er im Namen der Volksversammlung sofortige Erklärung von Seite des Regierungsrates. Heß antwortete kurz und versprach, den Regierungsrat sofort zu versammeln, um dem letzten Verlangen (id est Befehl) zu entsprechen. Hegetschweiler und ich waren stumme Zeugen des Vorganges, der gewaltsam zur Entscheidung drängte. Beim Weggehen äußerte ich gegen meinen Kollegen: „Der Entschluß zum Losschlagen ist gefaßt, das ist mir klar geworden". Er erwiderte: „Es handelt sich nur um drei oder vier Personen. Wenn diese beseitigt sind, ist die Ruhe wieder hergestellt." Kein Zweifel, er meinte damit Scherr, Dr. Keller, Ulrich, vielleicht auch Füßli. Möglich, daß der gute Mann sich so verblenden ließ, jedenfalls war er in die Pläne der XXII und ihrer Souffleurs nicht ganz eingeweiht, waren es doch selbst so viele von denen nicht, die sie ausführen geholfen haben. An mephistophelischen Elementen hat es bei den Führern nicht gefehlt. Der Schlimmste von allen war ein heuchlerischer Advokat, eines braven Geistlichen Sohn, dessen

---

[25]) Das von Staatsschreiber Hottinger auf Grund eines Berichtes von Amtsbürgermeister Heß abgefaßte Protokoll (Staatsarchiv Zürich, M M 2.50) gibt eine abweichende Schilderung von der Entgegennahme der Petition. Das erste Wort habe Zunftpräsident Hüni von Horgen geführt und nachher hätten die Herren alt Regierungsrat Escher und Pfarrer Hirzel etwas beigefügt.

Vater schon in früher Jugend des Sohnes einen geistlichen Freund, aus dessen Mund ich es weiß, um Rat fragte, was er mit diesem Buben, in dem ein Satan stecke, anfangen soll.

Noch denselben Abend nach der Audienz ward der Regierungsrat versammelt. Nach verschiedenen Anträgen, die gestellt und bekämpft wurden, kam er zu dem Beschlusse, auf die Adresse zu antworten, dem verfassungsmäßigen Rechte, wie namentlich dem Petitionsrechte der Bürger, sei durch die Beschlüsse des Regierungsrates kein Eintrag geschehen. Die Staatsanwaltschaft habe selbständig und von sich aus gehandelt und sei gesetzlich dazu berechtigt gewesen. Der Regierungsrat habe indes auf die Klage gegen dieselbe sie zur Berichterstattung aufgefordert. Diese Antwort wurde sofort dem im Kasino versammelten Komitee mitgeteilt. Dieses aber beschloß, diese Antwort schleunigst seinen Getreuen zur Kenntnis zu bringen, mit der Erklärung, daß sie nicht nur ungenügend, sondern eine neue Kränkung sei. — Von dieser Lage der Dinge hatte der Regierungsrat beschlossen, dem Großen Rat, der auf den 9. September einberufen war, Bericht zu erstatten. Einen andern Beschluß faßte er am Tage nach der Klotener Versammlung, der bei den Liberalen Staunen und Mißbilligung erregte, den Beschluß nämlich, das einberufene Militär, das unter dem Kommando eines tüchtigen Militärs, Oberst Hirzel von Zürich, gestellt war, wieder zu entlassen. Es hatte dies allerdings seinen guten Grund, denn Disziplin und Subordination waren dahin und die Chefs selbst rieten zur Entlassung. Immerhin blieb noch die Mannschaft der Militärschule. Natürlich wurde auch dieser Beschluß vom Zentralkomitee den Getreuen schnell mitgeteilt.

Während dieser Sitzung des Regierungsrates, die, weil die Tagsatzung das Rathaus für ihre Sitzungen in Anspruch nahm, im neuen Postgebäude stattfand, meldete sich die Gesandtschaft Berns, Neuhaus und Steinhauer, zu einer Audienz beim Präsidenten des Regierungsrates, der auch Präsident der Tagsatzung war. Dieser wies Hegetschweiler und mich an, dieselbe zu empfangen. Die Gesandtschaft erkundigte sich, wie es stehe, wessen man sich zu versehen habe, ob Garantien für Erhaltung der Ordnung und Sicherheit vorhanden oder die erforderlichen Maßregeln zum Schutze derselben zu ergreifen seien und ob die Regierung nicht die Mitwirkung der Konkor-

datskantone des Siebnerkonkordats nötigenfalls in Anspruch zu nehmen gedenke. Hegetschweiler beruhigte und verneinte entschieden die letztere Frage. Er, die Sulzer und andere hatten sich im Regierungsrat von vornherein, ohne daß ein wirklicher Ratschlag darüber stattfand, gegen jede Intervention ausgesprochen. Ich teilte mit, was der Regierungsrat beschlossen habe und verhehlte meine Meinung nicht, daß die vorbereitete Katastrophe bald zum Ausbruch kommen müsse. Damit entfernten sich die beiden Gesandten. Dem Regierungspräsidenten gaben wir von dem Inhalt der Unterredung Kenntnis; dieser sah sich indes nicht veranlaßt, denselben zum Gegenstand einer Verhandlung der Behörde zu machen. Nichtsdestoweniger ward diese sehr unschuldige Audienz, sobald sie, wie alles, was im Regierungsrate vorging, dem Zentralkomitee oder dessen leitendem Ausschuß zur Kenntnis kam, dahin übersetzt und verbreitet, Bern habe der Regierung militärische Hilfe angeboten und letztere habe sie angenommen[26]). „Der Wille des Volkes", so wurde verkündet, „soll also durch fremde Truppen unterdrückt werden".

Am 4. September, abends, versammelten sich auf der „Platte" eine bedeutende Anzahl Liberaler, meist von Zürich und Umgebung. Man vereinigte sich dahin, auf nächsten Freitag, den 6. September, die liberalen Mitglieder des Großen Rates und vertraute Freunde derselben zu einer Versammlung einzuladen behufs gemeinsamer Beratung über das, was zu tun sei. Natürlich ward das, was hier gesprochen worden, dem Komitee sofort wieder mitgeteilt, aber mit den boshaftesten Lügen untermischt. Schon am Vormittag des 5. Septembers erließ daher der Vizepräsident desselben an die Präsidenten der Bezirkskomitees den Ruf: „Die Feinde drohen das Vaterland mit fremden Truppen zu überziehen, Neuhaus bietet Bern auf, Baselland rüstet sich. Ich ersuche Euch, Euch in Bereitschaft zu halten, damit, wenn die Glocken gehen, alles zum Sturme bereit sei. Ein guter Teil kommt dann nach Zürich, ein anderer

[26]) Dieser Punkt spielt in der Darstellung von Friedrich Schultheß, Zürcher Taschenbuch 1906, S. 92, bei Wilhelm Meyer-Ott, Zürcher Taschenbuch 1910, S. 61, und bei Dr. Rahn-Escher, Zürcher Taschenbuch 1915/1917, S. 89, die entscheidende Rolle. Sie alle aber fußen auf den bedenklichen Äußerungen von Regierungsrat Eduard Sulzer gegenüber dem Domänenkassier Steffan: „Sagen Sie Ihren Freunden, es drohe ihrer Sache ein Komplott. In 24 Stunden werden 30 000 Konkordätler gegen Zürich auf dem Marsche sein."

bleibt zu Hause zur Bewachung des eigenen Herdes". Und zur selben Stunde, als dieser Aufruf vom Stapel gelassen wurde, beriet der Rat des Innern den Entwurf des Bettagmandates, welches am 15. September von den Kanzeln verlesen werden sollte und dessen Entwerfung mir erst am Abend des 4. Septembers von Bürgermeister Hirzel übertragen worden, gerade in einem Moment, wo Kopf und Herz von so viel Düsterem und Empörendem in Anspruch genommen war.

Am Abend des 5. September hatte der Regierungsrat wiederum Sitzung[27]). In dieser Sitzung war es, daß eine Zuschrift der Gesandtschaften der Konkordatskantone Bern, Luzern, Solothurn, Aargau, St. Gallen und Thurgau vorlag, worin sie den Regierungsrat um Aufschluß baten über den Stand der Bewegung im Vorort Zürich, sowie über die Maßnahmen, welche die Regierung getroffen und die Kräfte, die ihr zur Verfügung stehen. Die Antwort wurde auf den nächsten Tag verschoben, der sie dann deutlich genug gab. Daß jede Einmischung abgelehnt worden wäre, das war gewiß.

Am späteren Abend war das Gesellschaftslokal der Liberalen sehr natürlicherweise und ohne Verabredung oder Einladung wieder stark besucht. Ohne alle Ahnung von dem, was die Gegner landesverräterisch angezettelt hatten, war die Gesellschaft wie vom Blitz getroffen, als schon um 8 Uhr ein Eilbote aus dem Bezirk Pfäffikon schweißtriefend und erschöpft mit der Nachricht in den Saal trat, in Pfäffikon werde Sturm geläutet und das Volk sammle sich zum Zuge nach Zürich. Man traute seinen Ohren kaum und wollte die Schreckenskunde nicht glauben. Aber man mußte doch glauben. Der Bote war ein zuverlässiger und andere brachten Bestätigungen. Denn das Zeichen, das Bernhard Hirzel in Pfäffikon geben ließ, wurde von den Glocken der andern Gemeinden der Gegend bald wiederholt und reitende Boten verbreiteten den Aufruf zum Aufbruch.

Jetzt, als alle Zweifel über die Wahrheit der Schreckensbotschaft verstummen mußten, trennte sich die Versammlung, und dem Bürgermeister Heß wurde sofort die Nachricht mitgeteilt. Auch ich eilte erschüttert nach Hause, um meine Gattin vorzubereiten auf das, was kommen werde. Und was alles ließ

---

[27]) Im Regierungsratsprotokoll findet sich über diese Sitzung kein Eintrag.

sich erwarten! Auf die Vertreibung der Regierung war ich schon gefaßt, aber andere Befürchtungen beunruhigten mich mehr. Um 4 Uhr morgens kam dann die Einladung zu einer Sitzung des Regierungsrates und zwar auf der Hauptwache, dem Zimmer des Polizeirates.

Der Umsturz des 6. September 1839.

Diese, nicht von allen Mitgliedern besuchte, mir unvergeßliche Sitzung eröffnete der Bürgermeister durch die Mitteilung dessen, was ihm von dem aufgebrochenen Landsturm bekannt geworden, deren Hauptergebnis war, daß dieser nach vergeblichem Bemühen einzelner Mitglieder (Rahn), ihn zurückzuhalten und wieder heimzuschicken, nun in Oberstraß angekommen sei und dort Halt gemacht habe. Sodann wurde berichtet, vom Präsidenten des Kriegsrates, Oberst Weiß, sei vorläufig Herrn Oberst Hirzel die „Vollmacht" erteilt worden, zum Schutz der Personen und des Eigentums, sowie der verfassungsmäßigen Behörden die zweckmäßig scheinenden Maßregeln zu ergreifen und sich hierzu der Militärschule zu bedienen. Diese „Vollmacht" wurde genehmigt. Ferner wurde dem Begehren der Stadtpolizei um Ablieferung von 500 Infanteriegewehren für die zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit einberufene Bürgergarde ohne Opposition im Vertrauen auf die Loyalität der städtischen Behörden entsprochen. Endlich wurden die Herren Hegetschweiler und Melchior Sulzer, Personen, deren gute Aufnahme nicht zu bezweifeln war, beauftragt, sich, begleitet vom Weibel mit der Standesfarbe, nach Oberstraß zu begeben, um sich über den Umfang und Zweck des Landsturms zu informieren und dann dem Regierungsrat Bericht zu erstatten. Damit schloß die Sitzung mit der Weisung, um 8 Uhr zu einer neuen Sitzung auf dem Postgebäude zu erscheinen.

Der Aufruhr war also zur Tatsache geworden, doch scheint es nicht, daß Bernhard Hirzel eine Aufforderung zum Sturmläuten und Aufbruch von Seite des Komitees erhalten habe; ob aber von Seite derer, die im Rücken des Komitees agierten und denen dieses nicht energisch genug schien, bleibt dahingestellt. Soviel ist gewiß, daß, als die Sturmkolonnen, etwa 4—5000 Mann, wie Bernhard Hirzel selbst angibt, in Dübendorf angelangt waren, eine Staffette von Rahn anlangte, des

Inhalts: „Teure Freunde, ich eile, Euch zu bitten, ruhig zu bleiben. In der Stadt ist alles ruhig, aber bereit gegen die Radikalen, die, wie es sich herausstellt, einen Handstreich — von dem nie eine Rede war — im Sinne hatten, der aber durch Euch glücklich abgewendet erscheint, auszurücken. Ich bitte Euch daher, entweder ruhig zu bleiben und nach Hause zu gehen, oder, wenn Ihr nach der Stadt kommt, nichts anderes zu sagen, als Ihr kommt, um zu wissen, ob Spöndli und ich wohl seien".

Aber Hürlimann-Landis gab andere Befehle. Am 6. September vormittags erging von ihm in andere Bezirke der Aufruf an die Getreuen: „Brüder, laßt Sturm läuten. Eine provisorische Regierung wird gebildet werden müssen, da die alte das Zutrauen nicht mehr besitzt". Dieses Aufgebot zum Sturm mußte also jedenfalls schon in derselben Nacht erfolgt sein, als Rahn abmahnte. Es scheint selbst dieser nicht in alles eingeweiht gewesen zu sein, was höhere Geister für gut fanden. Vorbereitet genug war die gläubige Bevölkerung. Man hatte nicht nur jene falschen Gerüchte von herbeigerufener „fremder Hilfe", von einem Handstreich der Radikalen und dergleichen, sondern die schändlichsten, absurdesten Verleumdungen verbreitet, z. B. die Radikalen haben schon einen Scharfrichter kommen lassen und anderes mehr.

Der Gang in die Sitzung um 8 Uhr war ein peinliches Spießrutenlaufen durch eine hohnlachende Menge, unter der sich auch einzelne sogenannte vornehme Herren befanden. Im Beginn der Sitzung erstatteten die Herren Hegetschweiler und Sulzer Bericht über den Stand der Dinge in Oberstraß. Der Sturmhaufe, so sagten sie, belaufe sich auf etwa 2000 Mann (offenbar unrichtig). Als Anführer desselben sei ihnen Herr Pfarrer Bernhard Hirzel bezeichnet worden. Dieser habe auf die Frage nach dem Zwecke des Aufgebotes geantwortet, die Absicht sei, die in Kloten gestellten Begehren zu erneuern und die Erklärung von der Regierung zu verlangen, daß sie keine fremde Hilfe anrufen werde. Bevor diese Erklärung abgegeben sei, werde das Volk nicht abziehen, aber bis zum Eintreffen der Antwort auch nicht in die Stadt marschieren. Jetzt Beratung über die zu erteilende Antwort. „Kanonen heraus", sagte Eduard Sulzer, eines der beiden Mitglieder, welche zwei Stunden später schon auf dem Stadthaus saßen, als Mitglieder einer improvisierten provisorischen Regierung. Solche Energie

zeigte aber im Ernste niemand, sie wäre auch unnütz gewesen inmitten einer schon vom Verrate zersetzten Behörde. Die Antwort, die zustande kam, lautete im Gegenteil sehr friedlich und demütig, nämlich: ....zur Beruhigung des Volkes gebe der Regierungsrat die bestimmte Erklärung ab, daß weder fremde Truppen aufgeboten noch im Anmarsch seien und daß er die ganze Angelegenheit in den Schoß des Großen Rates lege, der ohne Zweifel Beschlüsse fassen werde, welche die Ruhe und den Frieden wieder herzustellen geeignet seien[28]). Kaum war aber dieser Beschluß gefaßt, so erschallte das Sturmgeläute vom Neumünster, von wo aus es sich am See weiter und weiter verbreitete. Das war ein erschütternder Moment. Diese Klänge, sonst Heiligem geweiht und erhebend, drangen jetzt verräterisch durch Mark und Bein. Bald darauf ertönte der Ruf: „Sie kommen, sie ziehen schon über die Brücke", bald knallten auch Schüsse in nächster Nähe. Ja, sie kamen, trotz des gegebenen Wortes, die Antwort der Regierung abzuwarten. Eine Antwort brauchte, wollte man nicht, am wenigsten eine beruhigende. Sie kamen in zwei Kolonnen über die untere und obere Brücke, die erstere geführt von Pfarrer Hirzel, die andere, Psalmen und geistliche Lieder singend, von Dr. Rahn. Abteilungen der Militärschule sperrten den Zügen den Weg. Da rief Bernhard Hirzel, der fromme Pfarrer: „Schüsset in Gottes Namen!" Dann fielen Schüsse aus seiner Rotte gegen das Militär. Dieses erwiderte dieselben, es fielen mehrere der Aufrührer. Zweimal drängte der Haufen, von Hirzel angetrieben, vor und beide Male wurde er zurückgeworfen. Dieser Widerstand der Militärschule, ca. 150 Mann, und der Anblick der Gefallenen brachten Schrecken in die Reihen. Die Vordern drängten zurück, alles wich. In panischer Furcht stob die Masse auseinander[29]). Dieser Augenblick wäre entscheidend gewesen zugunsten der Regierung und der Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, hätte noch eine entschlossene Autorität gehandelt und hätten die Korps, welche die Waffen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit erhalten hatten, in gutem Geiste zusammengewirkt.

---

[28]) Dieser Passus stimmt wörtlich mit dem Text des Regierungsratsprotokolls überein (Staatsarchiv Zürich, M M 2.50, S. 284 f.).

[29]) Eine eingehende Orientierung über die militärischen Vorgänge gibt Oberstlieutnant Friedrich Schultheß, der Kommandant der städtischen Bürgerwache (Zürcher Taschenbuch 1906, S. 96 ff.).

Aber eine solche Autorität war nicht mehr vorhanden und der gute Geist war, die Militärschule ausgenommen, nur noch bei wenigen zu finden. Der Verrat enthüllte sich ohne weitere Scheu. Während des kurzen Kampfes zwischen den Militärs und den teils mit Flinten oder Bengeln, Karsten, Heugabeln, Sensen und anderen sonderbaren Mordwerkzeugen bewaffneten, teils unbewaffneten Rotten zerstob jetzt der Regierungsrat. Die beiden Sulzer schlichen zu einer hintern Pforte aufs Stadthaus, Weiß eilte zum Militär, Hegetschweiler lief ab und zu, von einzelnen andern sah ich nichts mehr. So kam es, daß gerade in jenem entscheidenden Momente von Beschlüssefassen keine Rede mehr sein konnte. Der Präsident des Regierungsrates, Heß, gab nun den Befehl, das Militär — das Stand gehalten hatte — soll sich zurückziehen und die Bewachung des Zeughauses der städtischen Bürgergarde überlassen, und Hegetschweiler eilte, diesen Befehl bekanntzumachen. Die Regierung war nun faktisch aufgelöst. Das Militär zog sich zurück. Als ich nun auch einzeln das Postgebäude verlassen wollte, da trug man den von einem Schuß getroffenen Hegetschweiler zur Hauptpforte desselben hinein. Ich begleitete nun denselben in ein Zimmer des Postgebäudes, wo er auf ein Bett gelegt wurde. Das Bewußtsein des Verwundeten war bereits entflohen. Aus einer Pulsader am Kopfe ergoß sich das Blut in dünnem Strahl und weitem Bogen. Ich legte einen provisorischen Verband an, um das Blut zurückzuhalten, und ließ Herrn Professor Locher-Zwingli rufen. Dieser erschien auch bald und die Untersuchung zeigte eine tief ins Gehirn dringende Schußwunde. Sofort wurde die Trepanation vorgenommen, wobei ich soviel wie möglich Hand reichte.

Inzwischen hatten, als das Militär sich zurückgezogen, die Massen sich wieder gesammelt, neue Rotten von verschiedenen Seiten hatten sie verstärkt, die Plätze und Straßen hatten sich wieder gefüllt. Als ich den zu Tod getroffenen Kollegen mit Dr. Locher verlassen und wir aus dem Postgebäude heraustraten, um über den Münsterhof und die neue Brücke zu gehen, sahen wir uns von siegestrunkenen Volkshaufen umschwärmt. Von einzelnen unter denselben ward ich erkannt, sie drohten mir mit aufgehobenem Knüttel. Beim Helmhaus trennte ich mich von Dr. Locher und ging weiter unbehelligt nach Hause. Soweit meine eigenen Erlebnisse an diesem sturmbewegten

Vormittag. — Furrer, Keller, Ulrich, Bürgermeister Hirzel und andere hatten es um ihrer Sicherheit willen für gut befunden, Zürich zu verlassen; die einen zogen sich nach Baden, andere da- und dorthin zurück. Auf dem Lande waren die verhaßten „Straußen“ — so hieß man alle, die mit der Regierung hielten — hie und da schwer bedroht und Mißhandlungen ausgesetzt und manche hielten sich versteckt, bis die Wut und der Rausch vorüber war.

Als ich glücklich in meinem Hause, wo man mit Todesangst meiner harrte, angekommen war, kamen Freunde und Bekannte, auch zwei meiner Brüder, um sich nach mir zu erkundigen. Alle drängten mich, Zürich, wie andere es auch tun werden, zu verlassen, um dem Volkshaß, der schon so viele Drohungen gegen meine Person ausgestoßen, zu entgehen. Ich konnte mich dazu nicht entschließen. Nur so weit gab ich nach, daß ich für die nächsten Tage das Haus verlassen wollte, um bei einem Freunde in der Stadt, Dr. Schrämli, das, was kommen sollte, abzuwarten. Allein schon am Abend des folgenden Tages kehrte ich wieder zu den Meinigen zurück. Ich konnte es nicht länger fern von Geschäften und Familie aushalten. Schon am nächsten Tag, Sonntags, den 8. September, machte ich wieder ärztliche Besuche und begab mich auch aufs Postgebäude an Hegetschweilers Krankenbett, dessen baldiges Ende vorauszusehen war.

Doch ich muß nochmals auf den 6. September zurückkommen. Sofort, nachdem die Militärschule zum Rückzug beordert und aufgelöst, sowie die Zeughäuser dem städtischen Militär übergeben worden waren, konstituierte sich auf dem Stadthaus, wohin sich die beiden Sulzer aus der Sitzung des Regierungsrates getroffener Abrede gemäß schon zurückgezogen hatten, ein provisorischer Staatsrat, der eidgenössischer Staatsrat und interimistische Regierung des Kantons zugleich sein sollte. Noch im Laufe desselben Tages erhielt das Volk folgende Kundmachung: „Die Unterzeichneten haben es für ihre ernste Pflicht erachtet, unter den gegenwärtigen, verhängnisvollen Umständen die einstweilige Leitung der öffentlichen Geschäfte als ergänzter eidgenössischer Staatsrat zu übernehmen, bis der Große Rat die Behörde wieder organisiert haben wird. Mitbürger, verhütet jeden Mißbrauch der Gewalt, alle Exzesse. Ein Großer Rat wird für die Mittel sorgen,

Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, die Gesetzgebung fortan nach den Bedürfnissen des Volkes zu ordnen etc.“ Unterzeichnet waren J. J. Heß, Bürgermeister, L. Meyer von Knonau, Regierungsrat, M. F. Sulzer, Ed. Sulzer, J. J. Hürlimann-Landis, Ed. von Muralt, Escher-Schultheß. Die Sache war gut planiert. Heß, der doch für Strauß votiert hatte, mußte dabei sein und an der Spitze stehen, um Anstände mit der Tagsatzung auszuweichen, deren Präsident er war; Meyer, für welchen, wenn er nicht tödlich verwundet gewesen wäre, Hegetschweiler eingetreten sein würde, sowie die beiden Sulzer waren Mitglieder des aufgelösten Staatsrates gewesen. Diese letztern waren von vorneherein für die Pläne gewonnen, so blieb der provisorische Staatsrat in seiner Mehrheit unverändert als eidgenössischer Staatsrat der Tagsatzung gegenüber. Der Korrespondent der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, als welcher allgemein Bluntschli genannt worden, war gut unterrichtet, als er einige Tage früher von einem Plane der „Städtischen“ berichtete, mit dem einige Mitglieder der Regierung einverstanden seien. Und einer derselben rief am 6. September beim Heranrücken der verführten und fanatisierten Volkshaufen „Kanonen heraus!“ Mit welchem Namen ein solcher Mann zu bezeichnen sei, das unterlasse ich auszusprechen. Aber das ist meine Überzeugung, daß Tausende von denen, die am Aufruhr teilgenommen, weniger zu beschuldigen sind, ja selbst einzelne der unter denselben am meisten hervorgetretenen Personen sind nach meinem jetzigen ruhigern Gefühl weit mehr zu entschuldigen. Ich denke dabei namentlich an Rahn. Ich kannte ihn früher als Haus- und Studiengenosse und bin später wieder in amtlicher und privater Beziehung vielfältig und mehrere Jahrzehnte hindurch mit ihm in Berührung gekommen und habe denselben von der achtbarsten Seite kennen gelernt. Ich kann mir den Widerspruch seines damaligen Handelns, seiner leidenschaftlichen Teilnahme an dem revolutionären Treiben mit seinem Charakter nur so erklären, daß der ohne Zweifel durch die Berufung von Strauß, vielleicht aber mehr noch durch frivole Äußerungen, wahr oder erdichtet, einzelner Verteidiger dieser Berufung innerlich verletzte und auch als guter Stadtbürger durch Beeinträchtigung städtischer Vorrechte beleidigte Mann sich zur Teilnahme am Widerstand verleiten ließ, ohne tiefer eingeweiht zu sein in die letzten Ziele desselben, dann

aber vom Strudel fortgerissen und endlich, vom Mißlingen des Aufstandes schlimme Folgen für sich und seine Partei fürchtend, zum Triumph der schlimmen Sache energisch Hand zu bieten sich entschloß[30]). — — —

Sonntag, den 8. September erschien der erste Staatsschreiber Hottinger in meiner Wohnung, um mich im Namen der beiden Präsidenten der provisorischen Regierung zu bitten, die Geschäfte des Gesundheitsrates und einiger Kommissionen provisorisch zu besorgen, wobei er mich versichern solle, daß diese Herren es sehr bedauern, daß ich meiner Wirksamkeit als Mitglied der Regierung entrissen sei.

Der von der vertriebenen Regierung auf den 9. September einberufene Große Rat trat an diesem Tage wirklich zusammen, aber nicht auf dem Rathause, sondern in der Kirche zum Großmünster, auf daß einer möglichst großen Zahl des aufgeregten Volkes Gelegenheit gegeben sei, den Verhandlungen beizuwohnen und durch seine Anwesenheit moralischen Druck zu üben. Da der Präsident, Dr. Furrer, Zürich verlassen hatte, so führte Bürgermeister Heß das Präsidium. Hundert und vierzig Mitglieder waren anwesend. Unter den Abwesenden befanden sich noch Keller, Ulrich, Füßli, Hirzel, Weiß, Fierz etc. Ich schwankte, ob ich mich in diese Sitzung begeben soll, zumal mir unbekannt war, was andere Mitglieder von meiner Partei tun werden — daß die Genannten Zürich verlassen hatten, wußte ich noch nicht einmal bestimmt — und da ich mir auch nicht verhehlen konnte, daß mir mein Erscheinen Insulten zuziehen könne. Aber endlich entschloß ich mich doch, insbesondere um dem Publikum, namentlich demjenigen meines Berufskreises damit kundzugeben, daß ich daheim geblieben und meinen Pflichten als Arzt obliegen könne.

Bei meinem Eintritt in die dicht angefüllte Kirche kam Bürgermeister von Muralt auf mich zu und begleitete mich, unter Zusicherung völligen Schutzes, bis dahin, wo ich Platz nehmen konnte. Mein Erscheinen verursachte nämlich eine auffallende Bewegung und Geräusch in den Massen. Heß eröffnete

---

[30]) Diesem Urteil kommt insofern eine gewisse Bedeutung zu, als sich Dr. Rahn in seiner eigenen Darstellung über den Septemberputsch (Zürcher Taschenbuch 1915/17) von jenen Ultra-Konservativen aus dem Kreise um Oberstlieutenant Nüscheler, die das Rad der Zeit am liebsten bis vor 1798 zurückgedreht hätten, gehörig distanziert.

die Sitzung mit einer kurzen Rede, in der er von der Verblendung der Regierung, von der auch er befangen gewesen, und von der erfolgten Auflösung derselben sprach. Dann folgte der Bericht der provisorischen Regierung über die Ereignisse der letzten Zeit und ihrer Anhandnahme der Geschäfte, verbunden mit dem Antrag,

1. den am 6. September konstituierten Staatsrat als solchen und als provisorische Regierung zu bestätigen,

2. den gegenwärtigen Großen Rat als aufgelöst zu erklären, mit dem Auftrag an den provisorischen Staatsrat, sofort neue Wahlen anzuordnen,

3. allgemeine Amnestie zu erteilen[31]).

Dr. Bluntschli, das Haupt der politischen Gegner der abgetretenen Regierung und Freund (und wohl noch etwas mehr) der Führer der „hehren Bewegung", begründete diese Anträge. In seiner Rede verurteilte er scharf und schneidend die unterlegene Partei. „Die treulose Regierung", so sagte er unter anderem, „habe sogar Befehl gegeben, auf das ruhig anrückende Volk zu feuern". Solche Entstellung der Tatsachen empörte mich. Ich ergriff das Wort, um insbesondere diese letztere Beschuldigung zurückzuweisen. Wohl habe, so sprach ich, die Regierung am Morgen des 6. September Herrn Oberst Hirzel Auftrag und Vollmacht erteilt, durch das kasernierte Militär Ordnung und Sicherheit, selbstverständlich, wenn auch nicht ausdrücklich gesagt, nötigenfalls mit Anwendung ihrer Waffen, zu erhalten; aber den speziellen Befehl, auf das anrückende Volk Feuer zu geben, wie Bluntschli es zu verstehen gab, habe sie nicht erteilt. Dann fuhr ich fort: Da ich nun einmal das Wort genommen, so stehe ich nicht an, den erlebten Tatsachen gegenüber für die Auflösung des Großen Rates zu stimmen. Allzu viele jener Tatsachen beweisen nämlich, daß Regierung und Großer Rat das Vertrauen des größten Teils des Volkes nicht mehr besitzen. Welches die Mittel gewesen, sie desselben zu berauben, das sei hier nicht zu erörtern. Aber in der Republik sei das Vertrauen eine Grundbedingung der Autorität

---

[31]) Dieser letzte Punkt fehlt im Großratsprotokoll 1839 (Staatsarchiv Zürich, M M 24.21, S. 291 ff.). Nach der „Neuen Zürcher Zeitung", Beilage zu Nr. 108, bildete die Amnestie vielmehr Gegenstand eines Gegenantrages von Kantonsrat Studer von Wipkingen, der jedoch mit allen gegen eine Stimme verworfen wurde.

und des gesegneten Wirkens der Landesbehörden. Während ich so sprach, war großes Geräusch im Volke entstanden. Im übrigen ist mir nichts Unangenehmes begegnet.

Dieses Votum wurde mir von Freunden und Feinden mißdeutet und verübelt oder verdreht, wozu freilich die ungenügende und teilweise unrichtige Wiedergabe desselben in der „Neuen Zürcher Zeitung", Beilage zu Nr. 108, wesentlich beitrug. Jene, die Freunde, grollten mir, daß ich für die Auflösung des Großen Rates gesprochen habe, und einzelne von denen, welche eilig die Flucht ergriffen hatten, tadelten mich am schärfsten. Die politischen Feinde aber spotteten meiner in der „Bürklizeitung" und andern Blättern ihrer Farbe als eines politischen Überläufers, der seine Partei verrate, um beim Volke wieder Gnade zu finden. Ich mußte, abgesehen von einer Erklärung über die Unvollständigkeit und Ungenauigkeit der Darstellung meines Votums in der „Neuen Zürcher Zeitung", solche Kränkungen ruhig hinnehmen und konnte es auch in dem vollen Bewußtsein, weder Verräter noch Volksschmeichler zu sein, wenn auch Volkshaß mir nicht gerade gleichgültig war. Ich hatte nur meine Überzeugung wahr und getreu, wie es dem Republikaner ziemt, ausgesprochen. Und konnte man denn vernünftigerweise dafür sein, den Großen Rat und die Regierung unter Umständen, die einer faktischen Auflösung beider wie ein Ei dem andern glichen, dieselben noch fortfunktionieren lassen? Oder sollte man es durch Verweigerung der Zustimmung zu noch wilderer Anarchie und Gewalttätigkeiten bringen? Das war nicht meine Meinung. Was taten übrigens die andern liberalen Mitglieder des Großen Rates, die noch in bedeutender Zahl vorhanden waren? Sie stimmten, mit Ausnahme von einem, dessen Mut und Biederkeit ich vollkommen anerkenne, alle ebenfalls für die Auflösung. Aber sie schwiegen doch! Ich hätte nur auch schweigen oder mich flüchten oder verstecken sollen, dann hätte mich kein Tadel getroffen.

Unter allen Kränkungen, die ich erlitten, war mir doch die Verdächtigung der Treulosigkeit die bitterste. Treu habe ich in diesem Kampfe bis zum letzten Augenblick ausgehalten und offen meine Meinung in Rede und Schrift ausgesprochen, vieler freundlicher Warnungen ungeachtet, die mir rieten und mich baten, doch nur zu schweigen, um den Haß gegen mich nicht zu steigern. Und nun zum Lohne jener Vorwurf.

Doch auch diese Kränkung ging vorüber und es gab der Gelegenheiten bald genug, den Freunden und Feinden, zur Freude oder zum Ärger, deutlich zu zeigen, daß jener Verdacht oder jene Verdächtigung grundlos waren. Aber Jahrzehnte später mußte ich erleben, daß ein Mann wie Baumgartner, der st. gallische Apostat, mir in seinem Buche „Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen" (Seite 360), das nebenbei von tendenziösen Entstellungen strotzt, mir vorzuwerfen wagte, ich hätte am 9. September „Worte des Einlenkens gesprochen, weniger würdig als das beredte Schweigen der Niederlage", während er an demselben Orte mich, den von ihm verhöhnten Votanten des 9. Septembers, nichtsdestoweniger unter denen aufzählt, welche die Flucht ergriffen hatten (Seite 351) und also abwesend sein mußten.

Überhaupt ist wohl für wenige der Sturm des Jahres 1839 und die Teilnahme am Kampfe so peinlich und bitter geworden, wie für mich. Meine nächsten Anverwandten, mit denen ich einen familiären Umgang gepflegt hatte, standen im gegnerischen Lager, meine Patienten zum großen Teile desgleichen, Freunde und Bekannte, mit denen ich in freundschaftlichem Verkehr gestanden, zogen sich vor mir und den Meinigen zurück, meine Kinder wurden in den Schulen von Mitschülern verhöhnt und beleidigt und selbst einzelne Lehrer konnten ihre Abneigung gegen die Kinder eines „Straußen" nicht verhehlen. Dem Hohn roher, gemeiner Leute war ich bei meinen täglichen Berufswanderungen in den Straßen der Stadt wie kaum ein anderer Tag für Tag ausgesetzt und ich darf in Wahrheit sagen, daß ich beinahe von Anfang dieses Jahres bis an sein Ende, mit wenigen Ausnahmen, täglich beschimpft worden bin und daß kaum ein Schimpfwort, so gemein und schmutzig es auch sein möchte, existiert, das mir nicht von der Hefe des Volkes, namentlich von den in Gruppen auf der Straße im Dienste der Stadt beschäftigten Arbeitern, wie Gassenbesetzern, Karrenziehern etc., nachgerufen worden wäre. Ich mußte es ertragen und selten nur erwähnte ich dessen im Schoße der Familie, um sie nicht zu ängstigen. Sie hatte der Beängstigung für mich und der Sorgen ohnedies genug. Wie es um meine Sicherheit stand, konnte sie daraus entnehmen, daß die Fenster des Pleinpieds in meinem Hause eingeschlagen wurden, daß Freunde kamen, mich zu bitten, ich solle nachts gar nicht oder doch nur

bewaffnet ausgehen, und daß anonyme Briefe mir mit Meuchelmord drohten. Gewiß war das eine peinliche Existenz. Ich harrte aus.

Früher hatte man mich als einen der populärsten Männer im Kanton bezeichnet und darum meine Mitwirkung für gewisse politische oder humane Zwecke nachgesucht, jetzt war ich der unpopulärsten und verhaßtesten einer. Weshalb traf solcher Wechsel gerade mich so auffallend? Man sagte mir, es sei dies die Frucht meines Schriftchens „Ein Wort an das Volk". Die starke Verbreitung desselben und der Eindruck, den es gemacht habe, hätten es den Glaubenskomitees und ihren geistigen und weltlichen Mitstreitern nötig erscheinen lassen, mich im schwärzesten Lichte darzustellen. Ob dies richtig, weiß ich nicht.

*

War der radikal-liberalen Bewegung durch diesen politischen Umsturz das Steuer der Regierung entglitten, so führten ihr andere, auf eidgenössischem Boden ausgetragene kirchenpolitische Streitfragen neuen Wind in die Segel. Wieder war es die elementare Macht des Volkswillens, welcher sich dagegen verwahrte, daß der eidgenössische Stand Zürich gegen die Klosteraufhebung im Aargau und zugunsten der Jesuiten in Luzern Stellung bezog. Dr. Zehnder sprach am 29. August 1841 an der liberalen Volksversammlung in Schwamendingen das befreiende Wort. Sein Wiedereintritt in den Großen Rat 1842, sowie in die Regierung 1843, und die hart umstrittene Wahl zum Bürgermeister vom Dezember 1844 bilden gleichsam die äußern Etappen des neuen Aufstieges der fortschrittlichen Richtung im Kanton Zürich. Zehnder war es sogar vergönnt, das 1850 neubetitelte Amt des Regierungspräsidenten bis zum Rücktritt aus der Regierung 1866 zu versehen.